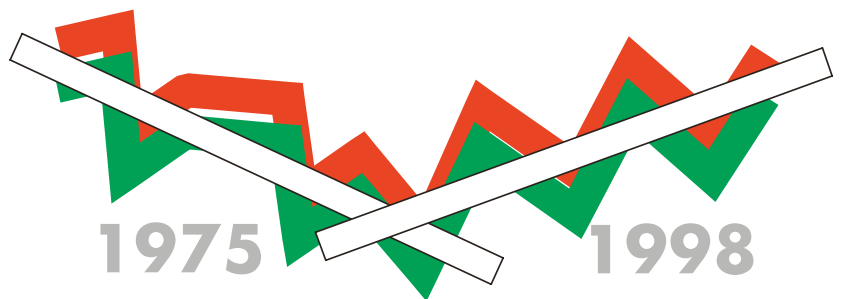


Entwicklungslinien der Beschäftigung



Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet

Entwicklungslinien der Beschäftigung

Nordrhein-Westfalen
im Vergleich mit dem
übrigen Bundesgebiet

Bearbeiter:
Ernst Helmstädter, Franz Lehner, Jürgen Nordhause-Janz

Gelsenkirchen im Juni 2000

Überblick

Der vorliegende Bericht stellt die Entwicklung der Beschäftigung Nordrhein-Westfalens im Vergleich mit anderen Bundesländern über einen längeren Zeitraum dar. Basis der Darstellung sind die Zahlen der amtlichen Statistiken, die mittels eigener Berechnungen aufbereitet worden sind.

Die Analyse der Daten zeigt, dass Nordrhein-Westfalen - ohne das Ruhrgebiet - den Vergleich mit Baden-Württemberg und Bayern, denen oft ein günstigeres Vorankommen nachgesagt wird, nicht zu scheuen braucht. Bezogen auf Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet gibt es heute kein Nord-Süd-Gefälle mehr.

Für das Ruhrgebiet ist dagegen, abgesehen von der Entwicklung der Anzahl der Erwerbspersonen, ein noch kaum gebrochener Abwärtstrend unübersehbar. Das Ruhrgebiet stellt, trotz großer Anstrengungen zur Überwindung der schweren Strukturkrise noch immer die Problemzone des Landes dar.

Die Betrachtung unterteilt, wo irgend sinnvoll, den in Augenschein genommenen Zeitraum von rund zweieinhalb Jahrzehnten in unterscheidbare Phasen, um auf diese Weise auch eine mögliche Trendumkehr nachweisen zu können. So kann erstmals gezeigt werden, dass die Beschäftigungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen - ohne das Ruhrgebiet - bis in die achtziger Jahre im Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet (ohne Nordrhein-Westfalen) in der Regel ungünstiger, danach aber günstiger verlaufen ist. Auch der Vergleich mit den Ländern Baden-Württemberg und Bayern zeigt in diese Richtung

Trotz beachtlicher strukturpolitischer Erfolge sprechen die hier vorgetragenen Sachverhalte für eine Neuorientierung der Strukturpolitik des Landes in Richtung auf eine Stärkung der innovativen Märkte im Ruhrgebiet.

Gliederung

1	Die Entwicklung der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet	8
2	Die Beschäftigungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen im Drei-Länder-Vergleich	15
3	Die Wachstumsraten der Beschäftigung und der Wertschöpfung Nordrhein-Westfalens im Drei-Länder-Vergleich	20
4	Zur sektoralen Struktur der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit anderen Bundesländern	25
5	Neue Impulse für den Strukturwandel im Ruhrgebiet: Thesen zu einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung	27
6	Tabellen	34

Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen

	Seite	
	Grafik	Tabelle
1 Die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens im Vergleich mit der des früheren Bundesgebiets, 1974 - 1998.	8	35
2 Erwerbstätige in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet und im Ruhrgebiet im Vergleich mit dem Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen (=100) , 1976 - 1998.	9	35
3 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet und im Ruhrgebiet im Vergleich mit dem Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen (=100) , 1976 - 1998.	11	36
4 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet und im Ruhrgebiet im Vergleich mit dem Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen (=100), 1976 - 1998.	12	36
5 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Handel und Verkehr in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet und im Ruhrgebiet im Vergleich mit dem Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen (=100), 1976 - 1998.	13	36
6 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor, ohne Handel und Verkehr, in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet und im Ruhrgebiet im Vergleich mit dem Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen (=100), 1976 - 1998.	13	36
7 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet und im Ruhrgebiet im Vergleich mit dem Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen (=100), 1976 - 1998.	14	36
8 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern (Summe =100) , 1974 - 1998.	16	37
9 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern (Summe =100) , 1974 - 1998.	16	37
10 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Energiewirtschaft, Stahlerzeugung, Wasserversorgung und im Bergbau in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern (Summe =100) , 1974 - 1998.	17	38
11 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, ohne Energiewirtschaft, Stahlerzeugung, Wasserversorgung und Bergbau, in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern (Summe =100), 1974 - 1998.	18	38
12 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern (Summe =100) , 1974 - 1998.	18	39
13 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich, ohne Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern (Summe =100) , 1974 - 1998.	19	39
14 Wachstum der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und den übrigen früheren Bundesländern in v.H., 1975 - 1998.	20	40
15 Wachstum der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und den übrigen früheren Bundesländern in v.H., 1975 - 1998.	21	40
16 Wachstum der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und den übrigen früheren Bundesländern in v.H., 1975 - 1998.	21	41

	Seite	
	Grafik	Tabelle
17 Wachstum der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt, ohne Bergbau, Energie und Stahlerzeugung, in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und den übrigen früheren Bundesländern in v.H., 1975 - 1998.	22	41
18 Lineare Wachstumstrends der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und den übrigen früheren Bundesländern in v.H., 1975 - 1998.	22	42
19 Wachstum der nominalen Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern in v.H., 1981 - 1996.	23	43
20 Lineare Wachstumstrends der nominalen Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen, Baden- Württemberg und Bayern in v.H., 1981 - 1996.	24	43
21 Die Entwicklung der sektoralen Struktur der Beschäftigung, 1974 - 1998 NRW im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet	25	44
22 Die Entwicklung der sektoralen Struktur der Beschäftigung, 1974 - 1998 NRW im Dreiländer-Vergleich	26	45

Zu den statistischen Daten und ihrer Verarbeitung

Statistische Quellen:	Statistisches Bundesamt, Amt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen (LDS), Zahlen- spiegel Ruhrgebiet, Statistisches Landesamt Baden-Würt- temberg.
Gebietsstände:	Früheres Bundesgebiet, Früheres Bundesgebiet ohne Nord- rhein-Westfalen, Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfa- len ohne Ruhrgebiet, Ruhrgebiet, Baden-Württemberg, Bayern.
Betrachteter Zeitraum:	1974 bis 1998 (soweit möglich)
Eigene Berechnungen:	Prozentanteile, Prozentgrößen, Wachstumsraten, Trendbe- rechnungen. Keine Bereinigung der vorliegenden Daten.
Zweck der Darstellung:	Übersichtlich vergleichende Darstellung der Entwicklung der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrge- biet und im Ruhrgebiet im Vergleich zur Entwicklung in anderen Ländern und im früheren Bundesgebiet.

1. Die Entwicklung der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet

Methodischer Hinweis: Prozentgrößen

Wir stellen die Entwicklung der Beschäftigung Nordrhein-Westfalens im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet anhand von Prozentgrößen dar. Diese Prozentgrößen vergleichen die Entwicklung der Beschäftigung Nordrhein-Westfalens mit der konstant auf 100 normierten Beschäftigung des Bundesgebietes ohne Nordrhein-Westfalen. Das ist eine zweckmäßige Methode zur Verdeutlichung der Entwicklungsunterschiede beider Gebiete.

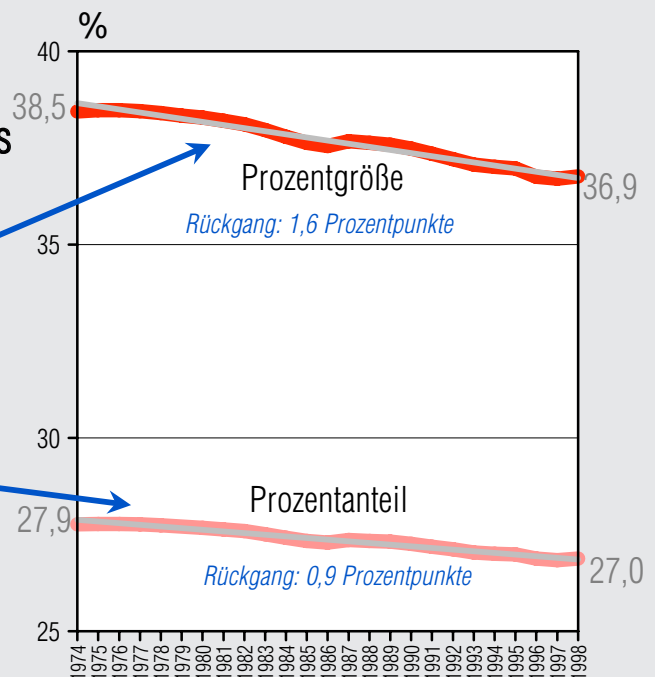
Würde man die Vergleichszahlen als Prozentanteile berechnen, wie das oft gemacht wird, wäre in der Entwicklung des Bundesgebietes auch die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen enthalten. Das würde die Entwicklungsunterschiede mindern.

Das Schaubild 1 illustriert am Beispiel der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, wie sich Prozentgrößen und Prozentanteile in Niveau und Entwicklung unterscheiden.

Die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens im Vergleich mit der des früheren Bundesgebiets 1974 - 1998

Setzt man die Bevölkerungszahl im früheren Bundesgebiet ohne NRW jeweils gleich 100, so beläuft sich die Bevölkerung in NRW 1974 auf 38,5 und 1998 auf nur 36,9.

Von 100 Personen des früheren Bundesgebiets lebten 1974 27,8 Personen in NRW und 1998 nur noch 27,0.

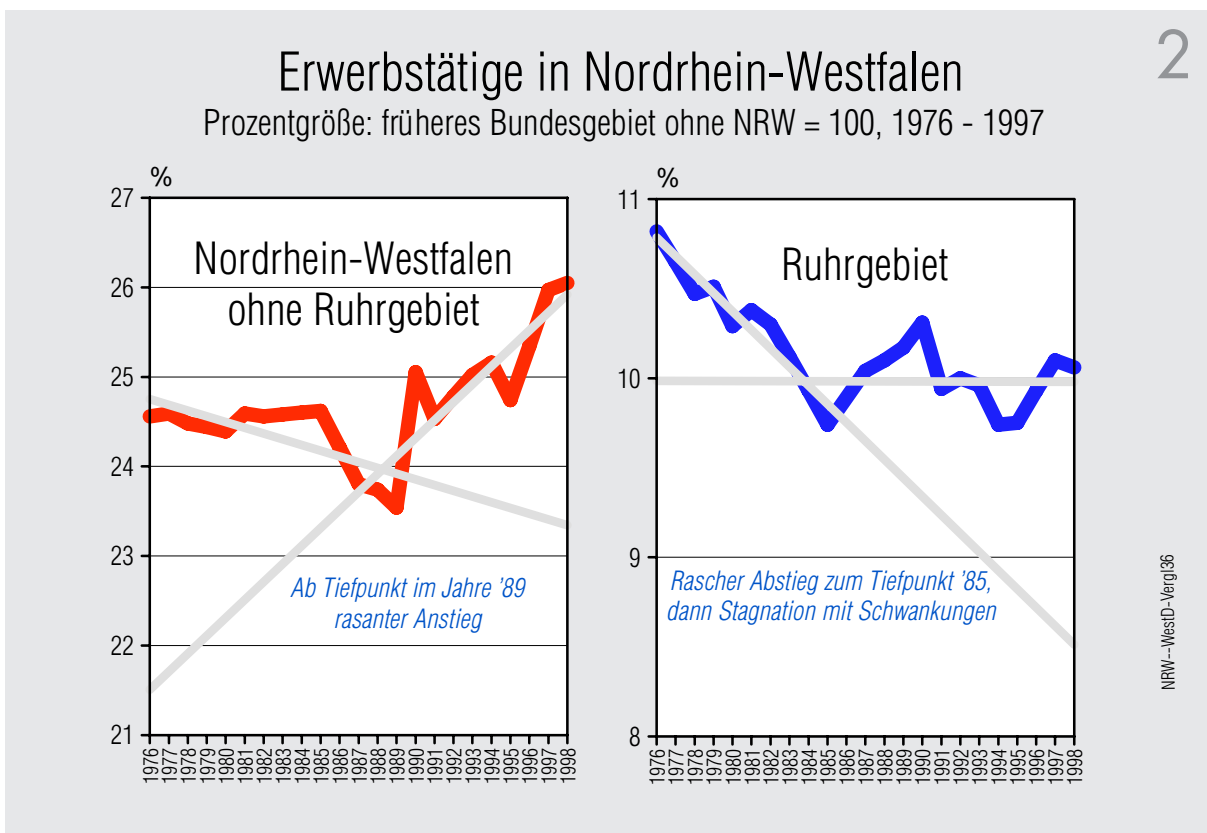


Die Entwicklung der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen verläuft zweigeteilt. Während in Nordrhein-Westfalen ohne das Ruhrgebiet (NRWoRG) seit Mitte der 1980er Jahre eine deutliche Aufwärtsentwicklung im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet zu beobachten ist, setzt sich die Abwärtsentwicklung im Ruhrgebiet noch immer fort, trotz großer und auch erfolgreicher Anstrengungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze (Schaubild 3).

Die Anzahl der Erwerbstätigen hat sich ähnlich entwickelt. Bis zur Mitte der 1980er Jahre ist sowohl in NRWoRG wie auch im Ruhrgebiet (RG) ein deutlicher Abwärtstrend zu verzeichnen. In NRWoRG gibt es jedoch nach 1989 einen starken Anstieg, während die Anzahl der Erwerbstätigen im Ruhrgebiet seither im Trend stabil bleibt (Schaubild 2).

1
NRW-D-Verg23

Das Schaubild 2 stellt die Entwicklung der Erwerbstätigkeit insgesamt seit dem Jahre 1976 dar. Selbständig Erwerbstätige und Arbeitnehmer werden dabei zusammengefasst. In beiden Landesteilen ist die Entwicklung zunächst abwärts gerichtet, im Ruhrgebiet deutlich stärker als in den übrigen Landesteilen. Den Tiefpunkt erreicht das Ruhrgebiet bereits 1985 und NRWoRG erst 1989. Danach geht es in NRWoRG zügig aufwärts. Dabei ist freilich zu beachten, dass die grafische Darstellung dies durch die Wahl eines geeigneten Ausschnitts auf der Prozentachse gebührend herausstellt. Gleichwohl bedeutet die Zunahme um mehr als 2 Prozentpunkte einen beträchtlichen Zugewinn an Erwerbstätigen. Von 1989 bis 1998 hat die Zahl der in NRWoRG Erwerbstätigen um 1,0 vH zugenommen, während sie im übrigen (früheren) Bundesgebiet nur um 0,1 vH angestiegen ist.



Diese Entwicklung hat vermutlich mehrere Ursachen. Einmal dürfte sich der Wiedervereinigungsboom darin niedergeschlagen haben. Der Strom konventioneller Waren, der sich in das Gebiet der ehemaligen DDR ergoss, könnte die nordrhein-westfälische Erwerbstätigkeit stärker beflügelt haben als die der übrigen Bundesländer. Als weitere Einflussfaktoren kommen die seit der Mitte der neunziger Jahre spürbare Auswirkung der von der Gründungsinitiative "GO!" veranlassten Gründungswelle, ferner die Folgen der Ausgliederung von Dienstleistungen aus insbesondere großen Unternehmen in Frage. Eine detaillierte Untersuchung dieser Gemengelage ließe ein interessantes Ergebnis erwarten.

Im Ruhrgebiet ergab sich kein solcher Anstieg der Erwerbstätigkeit. Hier stagniert die Prozentgröße der Erwerbstätigen längerfristig bei etwa 10 vH. Vielleicht steht auch dahinter der Vereinigungsboom, soweit er eben das weitere Absinken verhindert hat. Mit einer Prozentgröße von 10 vH weist das RG allein noch immer ein beachtliches Erwerbstätigenpotenzial im Vergleich zum Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen auf.

Addiert man die Prozentgrößen der Erwerbstätigkeit beider Landesteile, so lässt sich eine Parallele zur Prozentgröße der Bevölkerung ziehen. Im Jahre 1976 hat die Prozentgröße der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens 38,48 vH (vgl. Tabelle 1) betragen, die Summe der Pro-

zentgrößen der Erwerbstätigkeit ergibt hingegen nur 35,38 vH (vgl. Tabelle 2). Das belegt eine im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet unterdurchschnittlich entwickelte Erwerbstätigkeit. Dies ist ein Hinweis auf die damals stärker großbetriebliche Struktur des Landes und die damit niedrigere selbständige Erwerbstätigkeit.

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit ist vor dem Hintergrund einer relativ schwach ansteigenden Bevölkerungszahl in Nordrhein-Westfalen (von 1974 bis 1998 jahresdurchschnittlich 0,18 vH gegen 0,35 vH im übrigen Bundesgebiet) besonders bemerkenswert. Der Vergleich der Prozentgrößen für Bevölkerung und Erwerbstätigkeit unterstreicht die deutliche Verbesserung der Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen (vgl. Schaubild 1).

Im Jahre 1998 ergeben sich jedoch 36,90 vH für die Bevölkerung und 36,11 vH für die Erwerbstätigkeit. Daraus ist zu schließen, dass sich über diesen Zeitraum der Umfang der Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen, wie noch zu zeigen ist, im wesentlichen über eine zunehmende selbständige Erwerbstätigkeit, dem Durchschnitt der übrigen Bundesländer (früheres Bundesgebiet) angenähert hat.

Tabelle 1

Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit der Bevölkerung des früheren Bundesgebiets		
Jahr	ohne NRW:	mit NRW:
	Prozentgröße	Prozentanteil
in vH		
1974	38,46	27,77
1975	38,48	27,79
1976	38,48	27,79
1977	38,42	27,76
1978	38,38	27,73
1979	38,31	27,70
1980	38,25	27,67
1981	38,16	27,62
1982	38,04	27,56
1983	37,86	27,46
1984	37,70	27,38
1985	37,60	27,33
1986	37,51	27,28
1987	37,66	27,36
1988	37,63	27,34
1989	37,53	27,29
1990	37,41	27,23
1991	37,27	27,15
1992	37,13	27,08
1993	37,01	27,01
1994	36,97	26,99
1995	-	-
1996	-	-
1997	36,93	26,97
1998	36,90	26,95

Tabelle 2

Die Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit den Erwerbstätigen der früheren Bundesländer ohne NRW (=100)		
Jahr	NRW ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebiet
	Prozentgrößen in vH	
1976	24,56	10,82
1977	24,59	10,65
1978	24,48	10,47
1979	24,44	10,51
1980	24,39	10,29
1981	24,59	10,38
1982	24,56	10,30
1983	24,58	10,12
1984	24,60	9,93
1985	24,62	9,74
1986	24,21	9,89
1987	23,80	10,04
1988	23,74	10,10
1989	23,54	10,17
1990	25,05	10,31
1991	24,53	9,94
1992	24,78	10,00
1993	25,02	9,96
1994	25,16	9,74
1995	24,74	9,75
1996	25,34	9,93
1997	25,97	10,10
1998	26,05	10,06

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen.

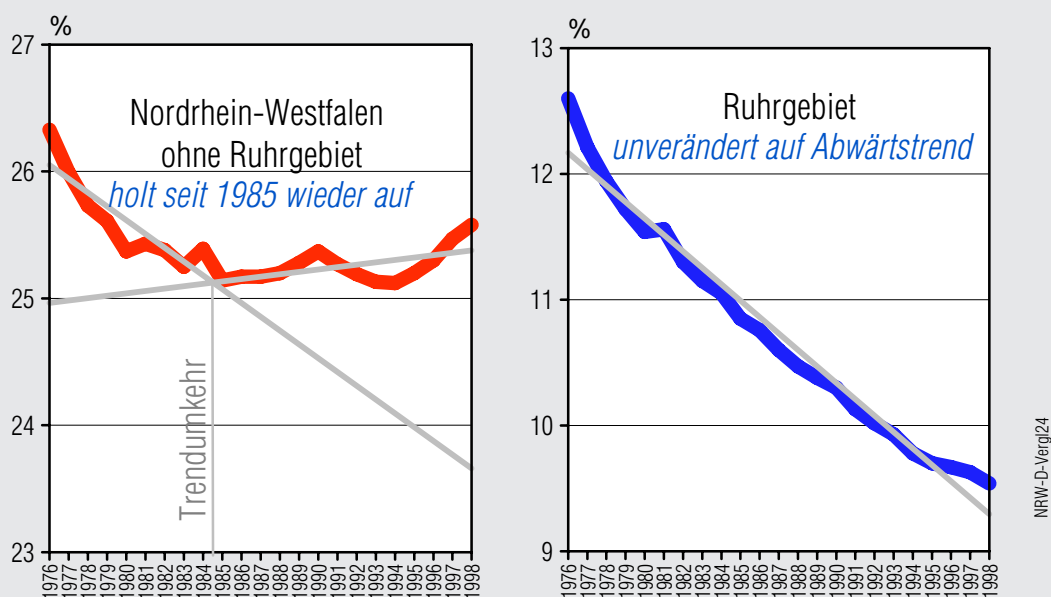
Zieht man von der Zahl der Erwerbstätigen die Selbständigen ab, so ergibt sich die Zahl der Arbeitnehmer. Doch nur diejenigen Arbeitnehmer, die der gesetzlichen Sozialversicherung angehören, werden umfassend und regelmäßig von der Statistik (der Arbeitsämter) erfasst. Nicht einbezogen sind somit jene Arbeitnehmer, die wegen höherer oder zu niedriger Arbeitseinkommen nicht unter die Pflichtversicherung fallen.

Betrachtet man lediglich die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer kann man feststellen, dass in NRWoRG die Aufwärtsentwicklung etwas weniger deutlich ist, als bei der Erwerbstätigkeit, und dass die Abwärtsentwicklung im RG noch stärker ausgeprägt ist.

3

Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen

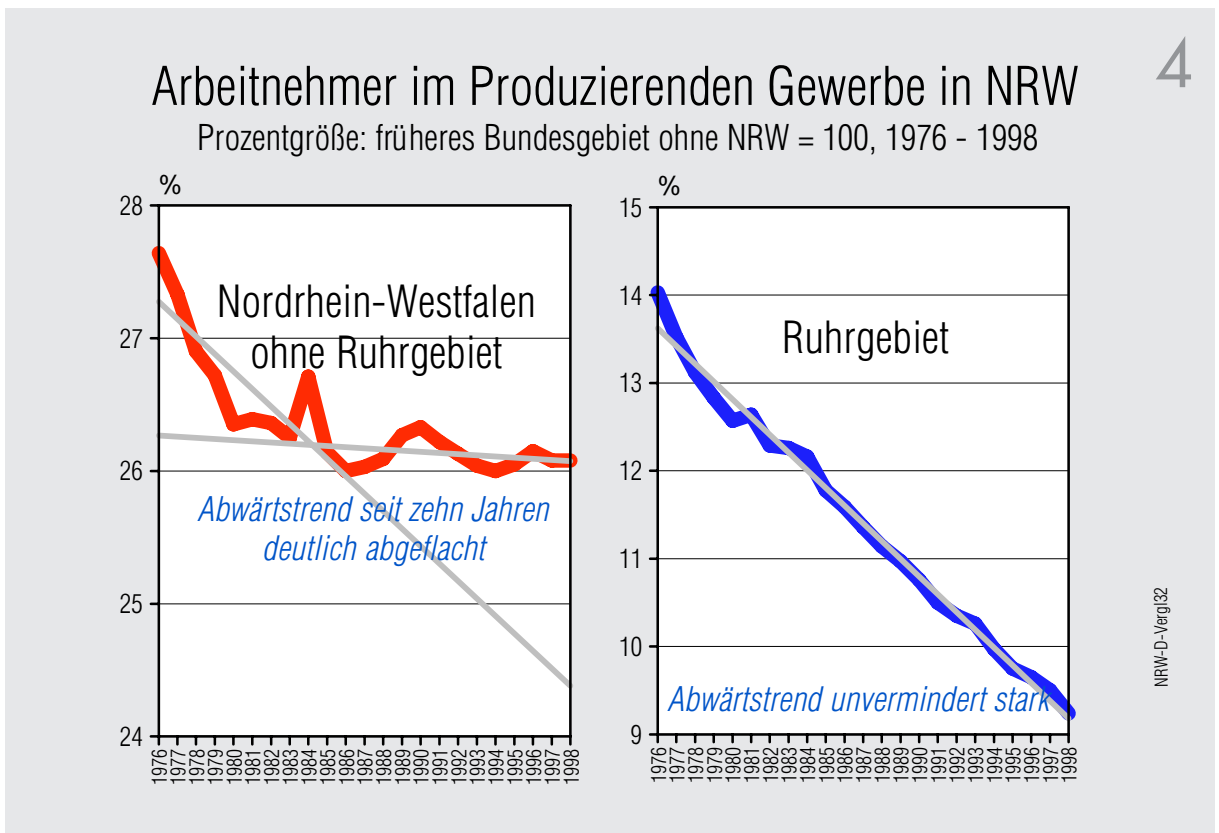
Prozentgröße: früheres Bundesgebiet ohne NRW = 100, 1976 - 1997



Die Statistik der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer bietet die Möglichkeit einer tiefen sektoralen Untergliederung der Beschäftigung. Davon kann in diesem Rahmen leider kein zureichender Gebrauch gemacht werden. Die Unterscheidung von vier Wirtschaftsbereichen muss fürs erste ausreichen.

Schaubild 3 zeigt die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Arbeitnehmer in NRWoRG und im RG als Prozentgröße im Vergleich mit den übrigen Bundesländern von 1976 bis 1998. Die eingezeichneten Trendlinien vereinfachen den Überblick über die langfristige Entwicklung. Wiederum zeigt sich für NRWoRG eine Trendwende, jetzt ab dem Tiefpunkt im Jahre 1985. Der Wiederanstieg ist jedoch nur vergleichsweise schwach ausgeprägt. Der frühere Stand wird zudem noch nicht erreicht. Der zuvor beschriebene starke Anstieg der Erwerbstätigkeit in NRWoRG ist demnach überwiegend auf die Zunahme selbständig Erwerbstätiger zurückzuführen. Eine genauere Untersuchung könnte Aufschluss bringen. Im RG beläuft sich die erst in den letzten beiden Jahren abgebremste rasche Talfahrt auf fast drei Prozentpunkte!

Die stärksten Arbeitsplatzverluste ergaben sich im Produzierenden Gewerbe sowohl in NRWoRG wie auch im RG.



Wie Schaubild 4 ausweist, führt die Trendwende in NRWoRG nur zu einem flacher geneigten Abwärtstrend. Es gibt hier noch keinen Wiederanstieg. Die Arbeitsplätze des Produzierenden Gewerbes verlieren im betrachteten Zeitraum rund 1,5 Prozentpunkte im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet. Aber seit der Mitte der achtziger Jahre behauptet sich ihre Prozentgröße bei gut 26 vH.

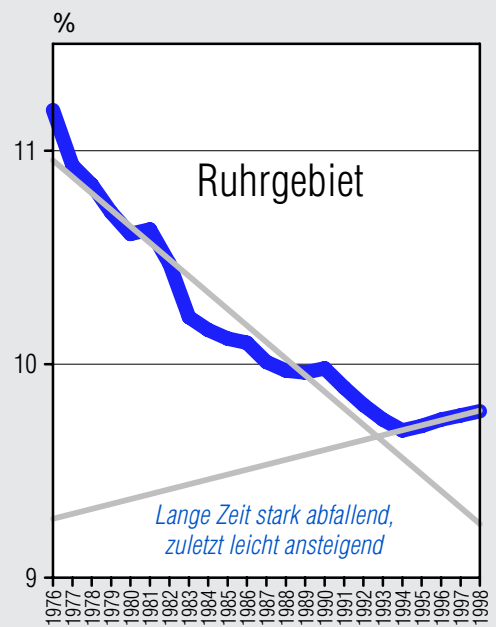
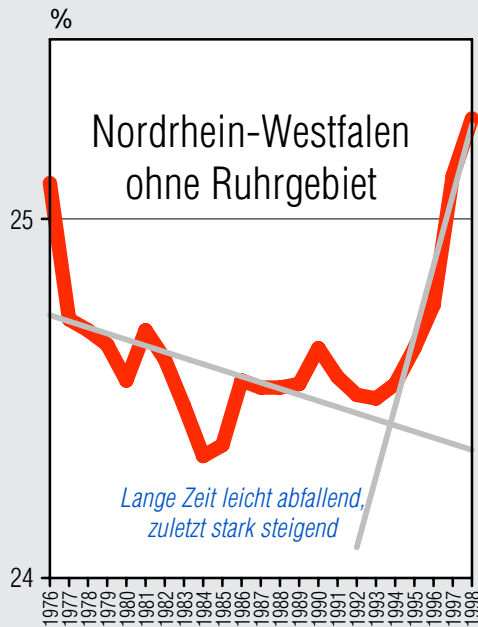
Der Verlust der Prozentgröße der Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes im RG beläuft sich sogar auf mehr als 5 Prozentpunkte! Wohl schwinden die Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe beim Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft überall. Dass der Rückgang im Ruhrgebiet besonders stark zu Buche schlägt, liegt auf der Hand. Hier waren und sind noch Bergbau und Schwerindustrie konzentriert.

Im Dienstleistungssektor lässt sich für NRWoRG seit Mitte der 1980er Jahre ein starker Aufwärtstrend feststellen, der allerdings weitgehend durch Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung erzeugt wird. Für das RG ist durchgängig ein Abwärtstrend feststellbar.

Die Entwicklung im Dienstleistungssektor zeichnen die Schaubilder 5 bis 7 nach. Der lange Zeit auch hier abwärts gerichtete Trend der Prozentgröße des gesamten Dienstleistungsbereichs (Schaubild 5) richtet sich in NRWoRG seit 1993 deutlich nach oben, während im RG die durchgängige Abwärtsentwicklung erst während der letzten Jahre in eine leicht aufwärts gerichtete Entwicklung übergegangen ist.

Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor in NRW

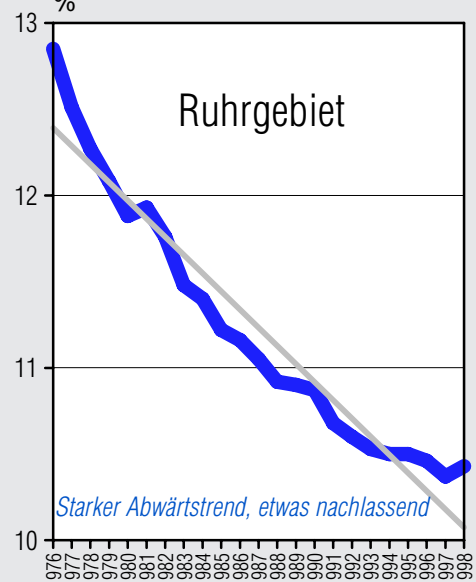
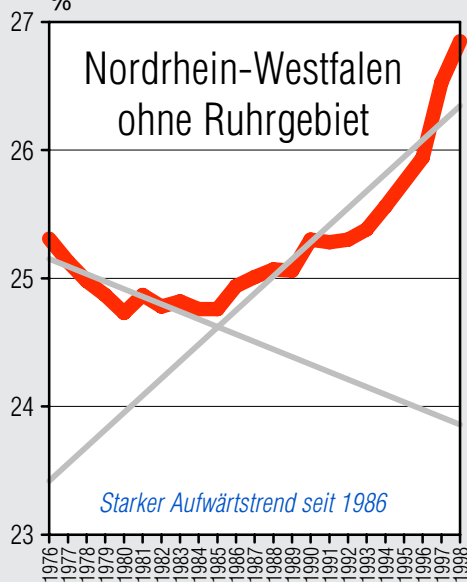
Prozentgröße: früheres Bundesgebiet ohne NRW = 100, 1976 - 1998



NRW-D-Vergl35

Arbeitnehmer in Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung in NRW

Prozentgröße: früheres Bundesgebiet ohne NRW = 100, 1976 - 1998

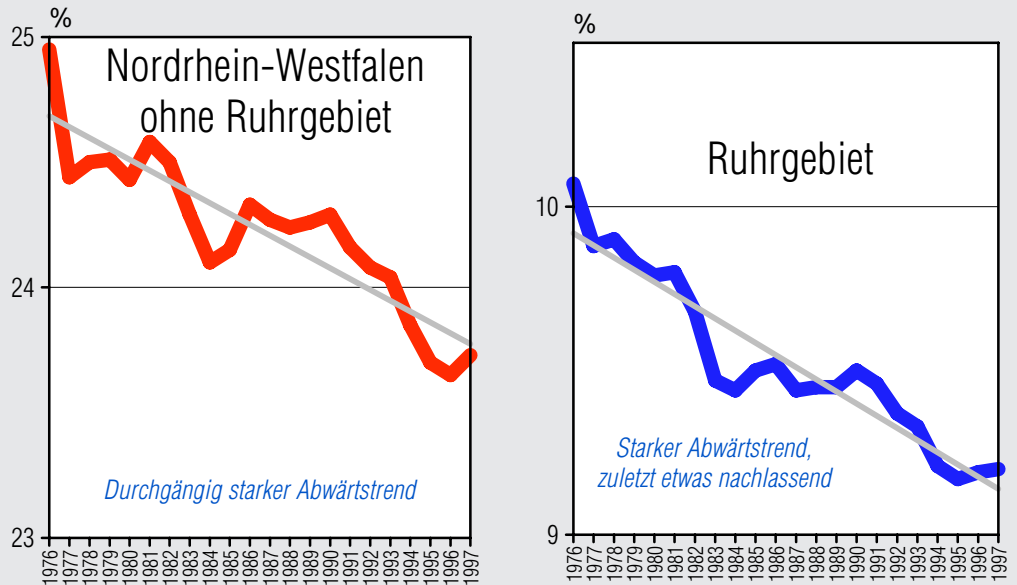


NRW-D-Vergl33

Eine grobe Aufteilung des Dienstleistungssektors zeigt, wie unterschiedlich die Entwicklung verlaufen ist. In NRW sind Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung bereits in der Mitte der achtziger Jahre und in den neunziger Jahren besonders stark angestiegen. Den

Arbeitnehmer im übrigen Dienstleistungssektor,

Prozentgröße: früheres Bundesgebiet ohne NRW = 100, 1976 - 1998



größten Beitrag zu diesem Anstieg liefert der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Abermals ist im RG davon nichts zu spüren.

In NRWoRG und im RG sinken die Prozentgrößen der Beschäftigung im übrigen Dienstleistungsbereich parallel ab. Eine tiefer gehende Unterteilung wäre nützlich, da durchaus zu vermuten ist, dass die Entwicklung von Sparte zu Sparte sich bemerkenswert unterscheidet.

2. Die Beschäftigungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen im Drei-Länder-Vergleich

Die Beschäftigung entwickelt sich in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet seit Mitte der 1980er Jahre besser als in Baden-Württemberg und so gut wie in Bayern.

Auch im Drei-Länder-Vergleich wird deutlich, dass sich NRWoRG bis Mitte der 1980er Jahre negativ entwickelt hat, seither aber eine positive Entwicklung aufweist.

Methodischer Hinweis: Vergleichbarkeit

Beim bisherigen Vergleich wurde die Entwicklung in NRWoRG und im RG mit dem früheren Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen verglichen. Dafür wurden Prozentgrößen ermittelt. In dem folgenden Drei-Länder-Vergleich verwenden wir jedoch Prozentanteile. Die Beschäftigung Nordrhein-Westfalens, Baden-Württembergs und Bayerns wird zu einer Gesamtgröße zusammengefasst und konstant auf 100 normiert. Jetzt sind die Prozentanteile der drei Länder an dieser Gesamtgröße zu ermitteln. So wird ein Größenvergleich der drei Länder miteinander möglich.

Dass wir, wie viele andere zuvor, Nordrhein-Westfalen gerade mit Baden-Württemberg und Bayern vergleichen, erscheint deswegen sinnvoll, weil die industrielle Entwicklung der drei Länder auf ganz unterschiedlichen Pfaden verlief. Die süddeutschen Länder sind durch den Strukturwandel des Bergbaus und der Eisenschaffenden Industrie der letzten Jahrzehnte in ihrer Beschäftigungsentwicklung nicht beeinträchtigt worden. Ihre verarbeitende Industrie hat schon früh, als sich in Nordrhein-Westfalen das Ruhr-Problem noch nicht in seiner vollen Schärfe gestellt hat, mancherlei Förderung erfahren. Die Gegenüberstellung der Prozentanteile der drei miteinander zu vergleichenden Länder gibt in den Schaubildern 8-13 Auskunft über die Unterschiede ihrer Beschäftigungsentwicklung.

Das Schaubild 8 bestätigt die mehrfach unterstrichene Feststellung der Trendwende der Beschäftigungsentwicklung auch im Drei-Länder-Vergleich. Nordrhein-Westfalen (NRW) weist einen nach wie vor hohen Prozentanteil von gut 42 vH aller Arbeitnehmer in diesen drei Ländern auf. Seit der Mitte der achtziger Jahre hält sich dieser Wert.

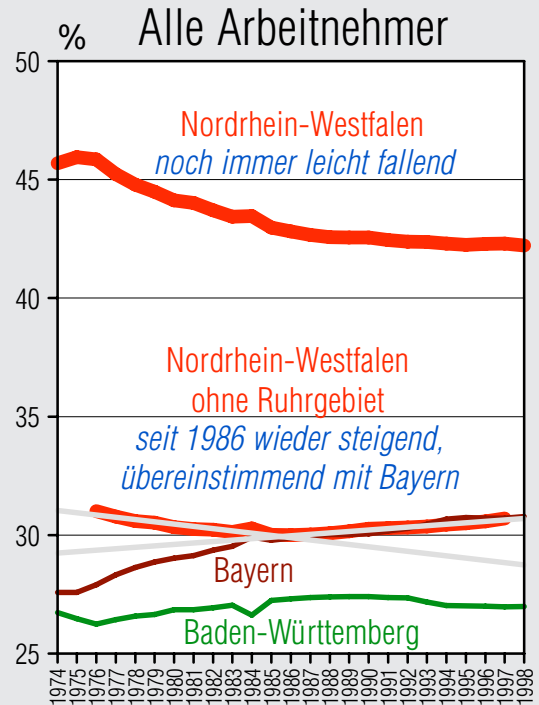
Vergleicht man nur NRWoRG mit Bayern und Baden-Württemberg, so ändert sich das Bild. Seit der Mitte der achtziger Jahre stellt sich die Entwicklung in Niveau und - aufwärts gerichtetem - Verlauf als identisch mit jener in Bayern heraus. Der Prozentanteil Baden-Württembergs stagniert seither, bei leicht abfallender Tendenz.

Betrachtet man die Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer nach Sektoren, stößt man auf das sicher nur am Rande interessante Ergebnis, das sich das Industrieland Nordrhein-Westfalen auch in der Land- und Forstwirtschaft im Ländervergleich positiv entwickelt hat. Nicht überraschend ist dagegen die starke Abnahme im Bergbau, der Stahlindustrie und in der Wasser- und der Energiewirtschaft.

Der Entwicklungsvergleich der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft (Schaubild 9) nimmt sich etwas kurios aus, ohne dass darüber im Augenblick Näheres auszumachen ist. Die Absolutzahlen der Beschäftigten (in NRW 1976: 35.132 und 1997: 41.092 Beschäftigte) liegen, wie bekannt, sehr niedrig. NRW schlägt jedoch mit seinem deutlichen Aufwärtstrend des Prozentanteils Baden Württemberg und Bayern, deren Anteil an den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsplätzen deutlich zurückgeht.

Nordrhein-Westfalen im Drei-Länder-Vergleich

Prozentanteile an der Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen 1974 - 1998

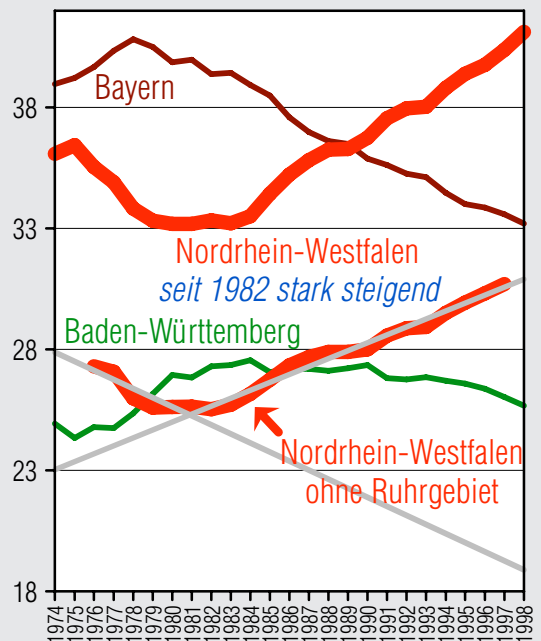


NRW-D-Vergl25

Nordrhein-Westfalen im Drei-Länder-Vergleich

Prozentanteile an der Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, 1974 - 1998

Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft

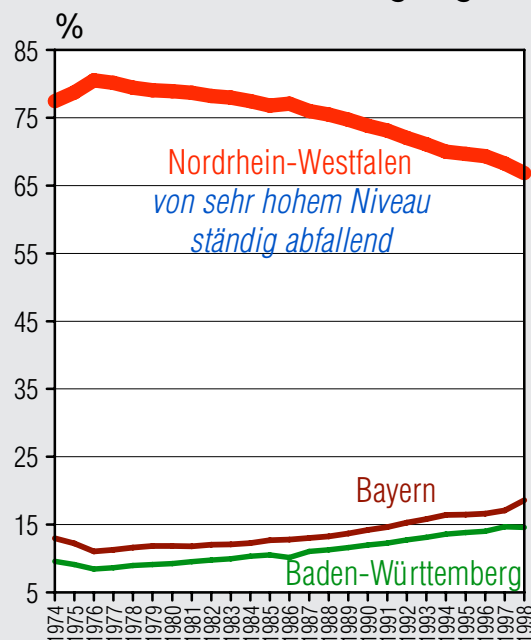


NRW-D-Vergl26

Arbeitnehmer in der Energiewirtschaft, Wasserversorgung, im Bergbau und der Stahlerzeugung

Nordrhein-Westfalen im Drei-Länder-Vergleich

Prozentanteile an der Zahl der in der Energiewirtschaft, der Wasserversorgung, im Bergbau und der Stahlerzeugung sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, 1974 - 1998



NRW-D-Vergl27

In diesem Bereich waren in NRW anfangs mehr als drei Viertel der Arbeitnehmer aller drei Länder beschäftigt (Schaubild 10). Heute liegt der Prozentanteil nur noch bei gut 65 vH. Die Entwicklung lief in Bayern und Baden-Württemberg völlig parallel auf etwa dem gleichen Niveau und war in Folge des absoluten Rückgangs in NRW von Anfang an aufwärts gerichtet.

Dabei hat sich die Zahl der Beschäftigten in der betrachteten Zeit in NRW jahresdurchschnittlich um knapp 2 vH vermindert und in Baden-Württemberg von niedrigem Niveau ausgehend laufend um 0,5 vH erhöht. Diese Zahlen illustrieren einen je nach Land ganz unterschiedlich verlaufenden Strukturwandel der Beschäftigung.

Auch ohne die Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Stahlerzeugung und den Bergbau entwickelt sich die Zahl der Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes Nordrhein-Westfalens im Drei-Länder-Vergleich ungünstig - allerdings seit Ende der 1980er Jahre abgeschwächt und ein hohes Niveau haltend.

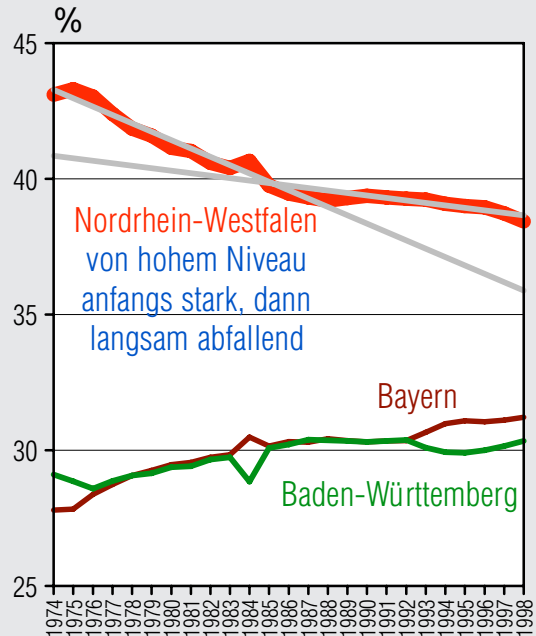
Das neuralgische Beschäftigungsfeld Nordrhein-Westfalens ist das Produzierende Gewerbe. Wenn man nun die Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Stahlerzeugung und den Bergbau herausgerechnet, wie verhält es sich dann? Wie das Schaubild 11 zeigt, hat sich die Absenkung des Prozentanteils seit der Mitte der achtziger deutlich verlangsamt. Doch bleibt sein Niveau noch immer deutlich über demjenigen in Bayern und Baden-Württemberg. Beide Länder haben inzwischen die gleiche abgebremste Aufwärtsentwicklung erfahren.

Auch im Drei-Länder-Vergleich zeigt sich die günstige Entwicklung Nordrhein-Westfalens im Dienstleistungsbereich.

Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe ohne Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau und Stahlerzeugung

Nordrhein-Westfalen im Drei-Länder-Vergleich

Prozentanteile an der Zahl der im Produzierenden Gewerbe - ohne Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau und Stahlerzeugung - sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, 1974 - 1998

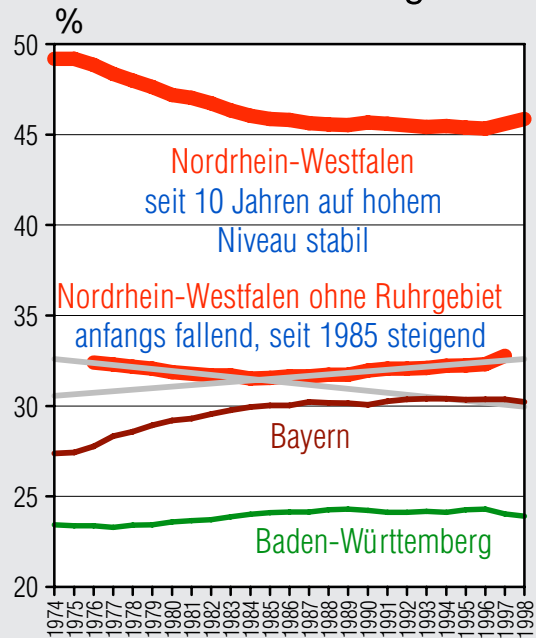


NRW-D-Vergl28

Arbeitnehmer in Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Nordrhein-Westfalen im Drei-Länder-Vergleich

Prozentanteile an der Zahl der in Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, 1974 - 1998

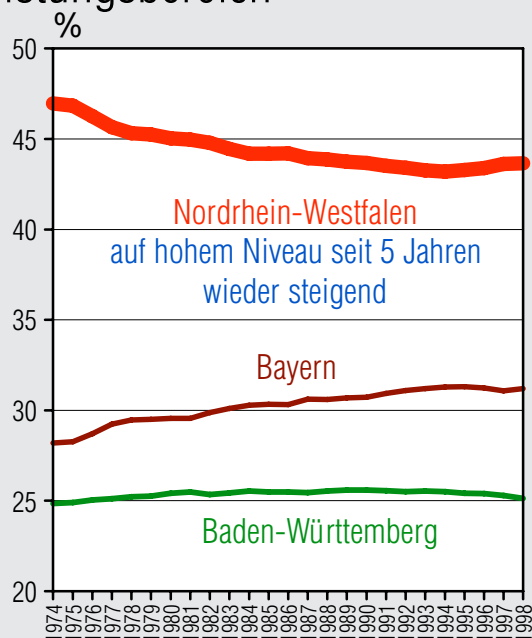


NRW-D-Vergl29

Arbeitnehmer im übrigen Dienstleistungsbereich

Nordrhein-Westfalen im Drei-Länder-Vergleich

Prozentanteile an der Zahl der im Dienstleistungsbereich, ohne Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, 1974 - 1998



NRW-D-Verg130

Wie schon an Schaubild 6 deutlich geworden ist, so belegt auch der Drei-Länder-Vergleich des Schaubilds 12, dass Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung in NRW ihren Anteil bei über 45 vH gut halten, während NRWoRG deutlich zulegt. Das Niveau des NRWoRG-Anteils übersteigt deutlich den Anteil Bayerns, die Aufwärtsbewegung verläuft in beiden Regionen parallel. Baden-Württembergs Anteil liegt hingegen deutlich niedriger.

Anders als im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet (Schaubild 7) hält sich der Beschäftigungsanteil NRWs im Dienstleistungsbereich ohne Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung seit 1987 auf einem Niveau von mehr als 43 vH. Der Anteil Bayerns steigt noch immer an, während der Anteil Baden-Württembergs über den gesamten Zeitraum kaum eine Bewegung bei gut 25 vH erkennen lässt.

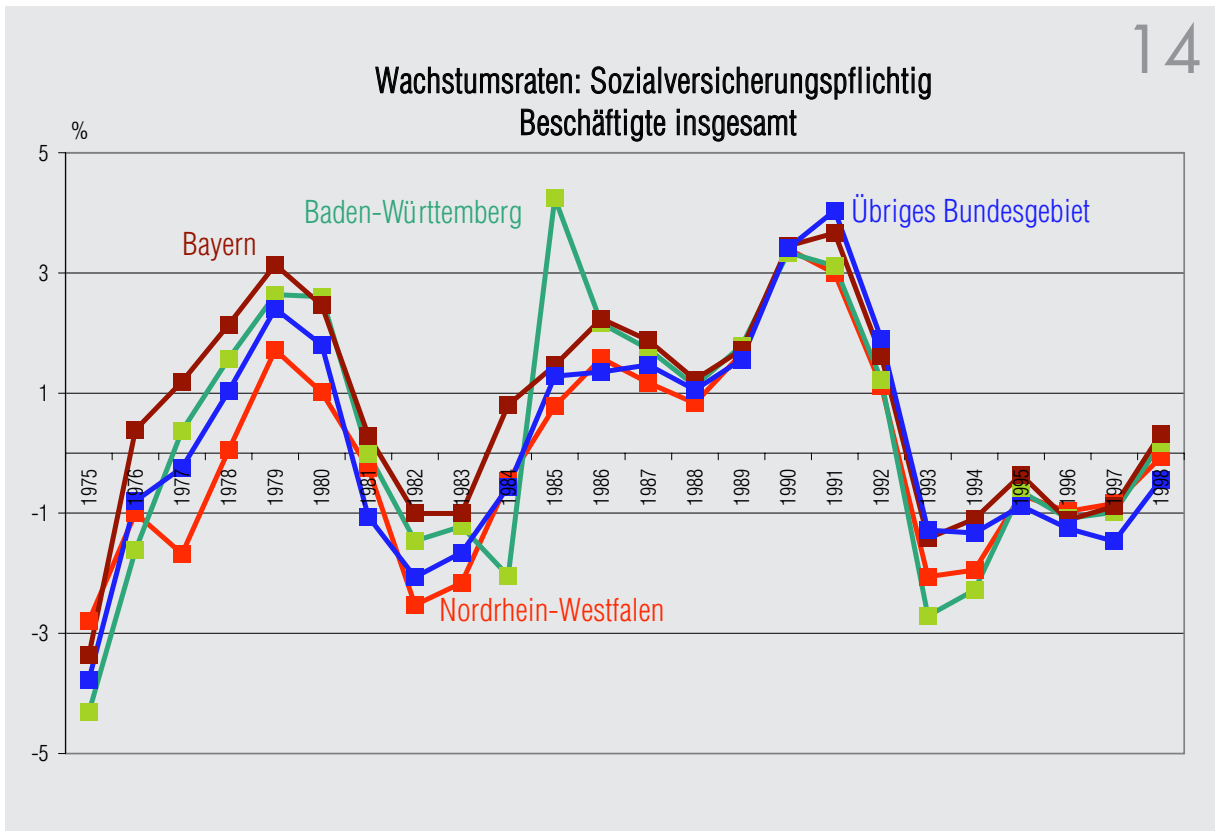
3. Die Wachstumsraten der Beschäftigung und der Wertschöpfung Nordrhein-Westfalens im Drei-Länder-Vergleich

Betrachtet man die Wachstumsraten der Beschäftigung für die drei Bundesländer, kann man eine fast gleichförmige Entwicklung feststellen. Das gilt auch für die Wachstumsraten der Wertschöpfung.

Wir sahen bereits, dass sich hinter der Entwicklung der Prozentanteile ein unterschiedliches Wachstum der Absolutgrößen (s. Schaubild 10) verbergen kann. Deshalb erscheint es angebracht, die Entwicklung der Wachstumsraten der Beschäftigtenzahlen ergänzend darzustellen. Dies geschieht in den Schaubildern 14 - 18.

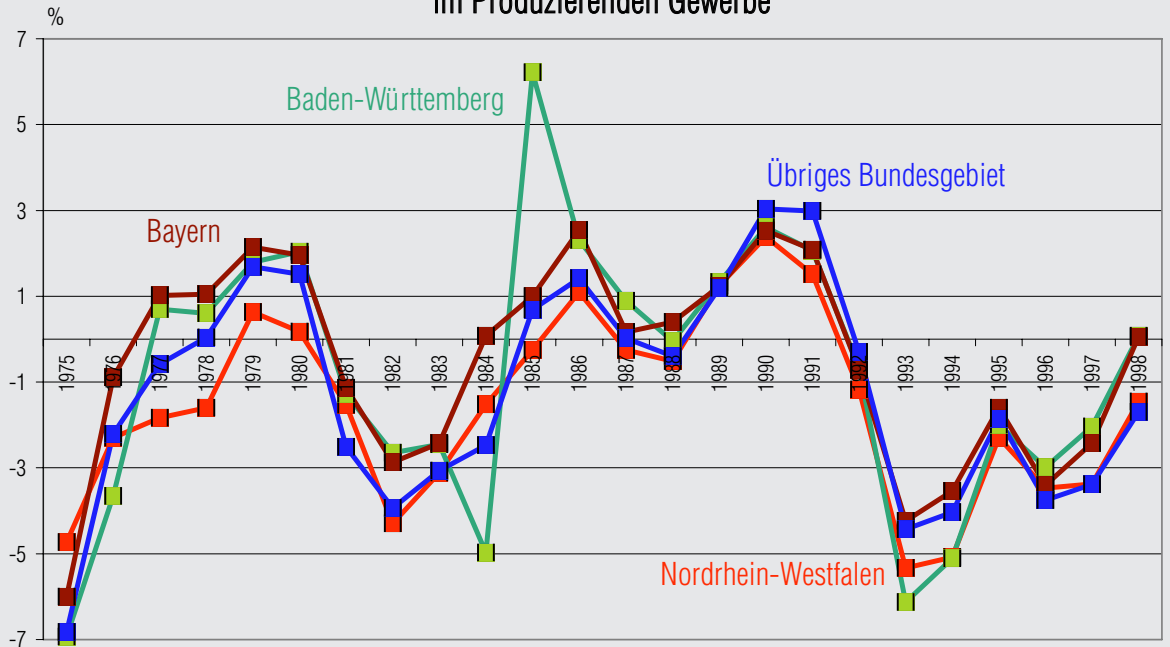
Die Entwicklung der Wachstumsraten der betrachteten Sektoren läuft, von einzelnen hier nicht zu erklärenden Ausreißern abgesehen, auf ziemlich gleich hohem Niveau und konjunkturell im völligen Gleichklang, so dass sich ein näheres Eingehen auf die einzelnen Verlaufslinien erübrigt.

Einen besonderen Hinweis verdient jedoch Schaubild 18. Dort sind die Trends der Wachstumsratenentwicklung dargestellt. Sie werden trotz der beträchtlichen konjunkturellen Schwankungen in linearer Form wiedergegeben. Die berechneten Trends sind freilich statistisch nicht gesichert. Ihre Bestimmtheitsmaße in der Tabelle 18 belegen dies.



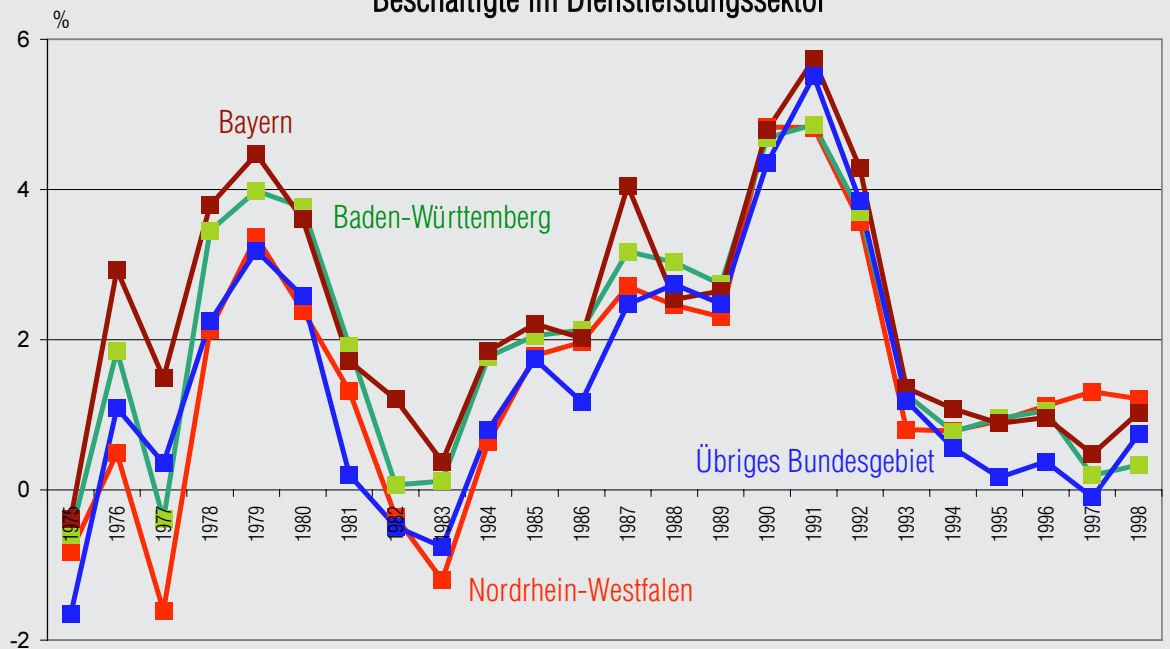
15

Wachstumsraten: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe

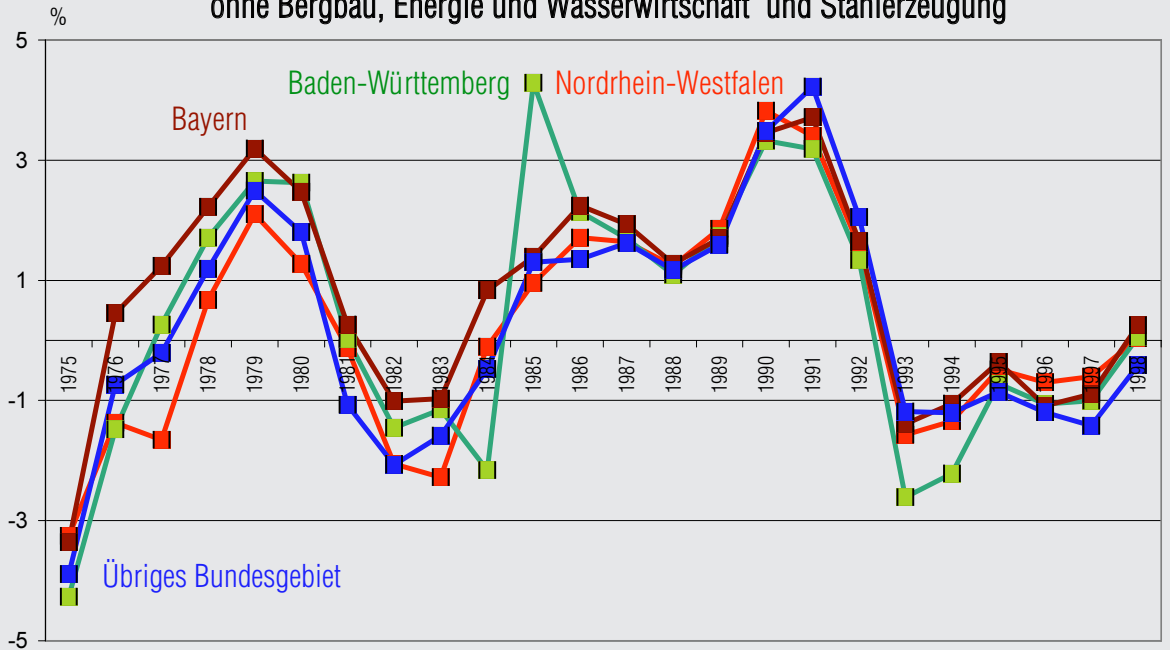


16

Wachstumsraten: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungssektor

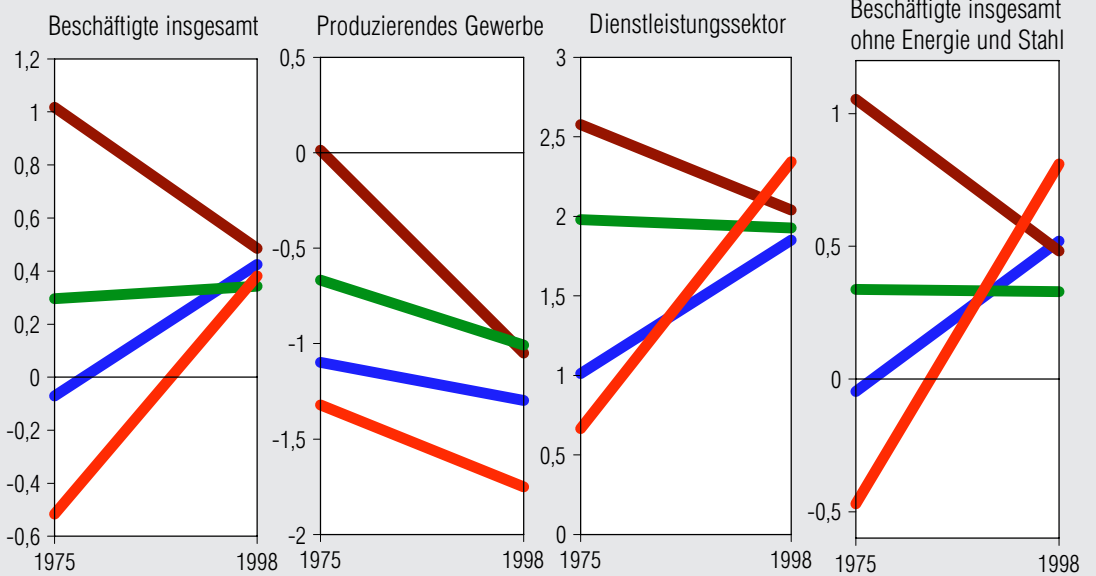


Wachstumsraten: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt, ohne Bergbau, Energie und Wasserwirtschaft und Stahlerzeugung



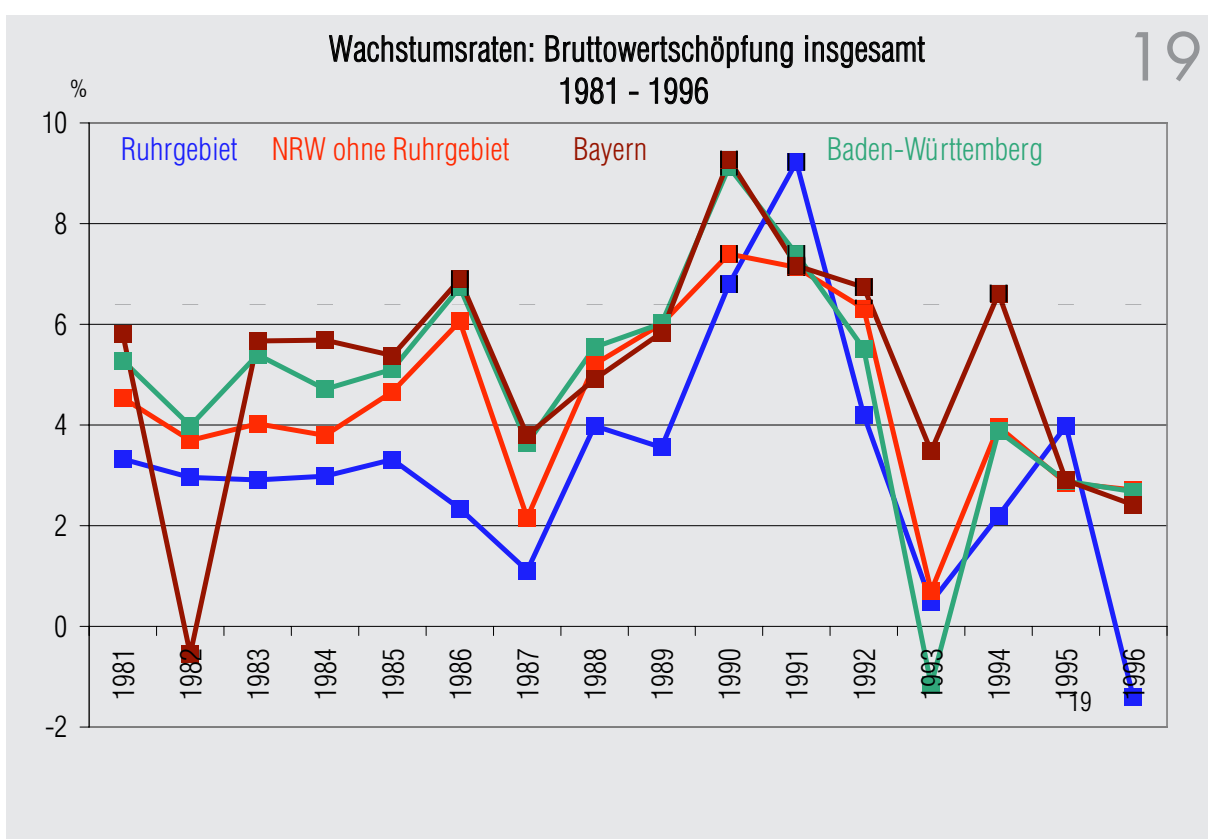
Lineare Wachstumstrends der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen in ausgewählten Bundesländern (alt), 1975 - 1998 in vH

Nordrhein-Westfalen Baden-Württemberg Bayern Übrige Bundesländer (alt)



Die Grobdarstellung der Wachstumstrends in Schaubild 18 soll lediglich einen gewissen Anhaltspunkt für die Beurteilung der Zahlenreihen der Wachstumsraten liefern. Wie man z. B. an Schaubild 17 sieht, liegen die Wachstumsraten der Beschäftigung in Niveau und Entwicklung sehr nahe beieinander. Über Unterschiede ist, von dem einen oder anderen Ausreißer abgesehen, nichts auszumachen. Solche Unterschiede werden jedoch in den berechneten Trends des Schaubilds 18 sichtbar. Bayern weist in allen vier Diagrammen einen fallenden Trend auf. Das liegt daran, dass seine Wachstumsraten anfangs an der Spitze lagen. Nordrhein-Westfalen präsentiert hingegen in drei Fällen - sogar stark steigende - Aufwärtstrends. Der Grund ist darin zu sehen, dass die NRW-Wachstumsraten anfangs im unteren Feld lagen.

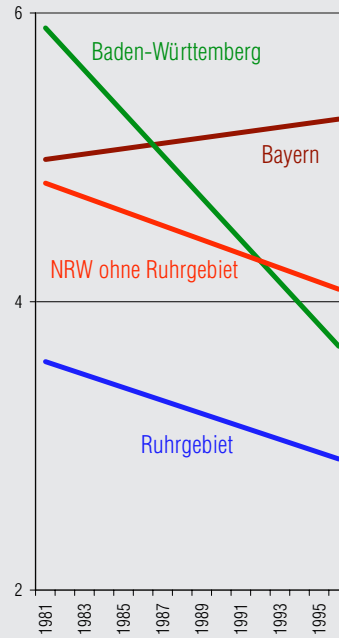
Eine Ausnahme bildet der Trend der Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes. Er fällt in allen vier unterschiedenen Gebieten. Dies unterstreicht auch hier die Sonderrolle des Produzierenden Gewerbes.



Die in den Prozentgrößen und den Prozentanteilen herauspräparierten Entwicklungsunterschiede seien auch noch um die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung der drei betrachteten Länder und des Bundesgebiets ohne NRW ergänzt (Schaubild 19). Hier liegen die Wachstumsraten von NRWoRG, Baden-Württemberg und Bayern fast ununterscheidbar beisammen.

Deutlich tiefer liegt das RG, das jedoch genau so dem gemeinsamen konjunkturellen Takt folgt. Einzelne Ausreißer beeinträchtigen den Gesamteindruck des Gleichlaufs der Entwicklung. Unterschiede zeigen sich wiederum bei den Entwicklungstrends des Schaubildes 20. Sie sind deutlich abwärts gerichtet, außer bei Bayern. Daran ist jedoch nur der auffällige Ausreißer im Jahre 1982 schuld, der womöglich eine eingehende Prüfung gar nicht überstehen würde.

Lineare Wachstumstrends der Bruttowertschöpfung



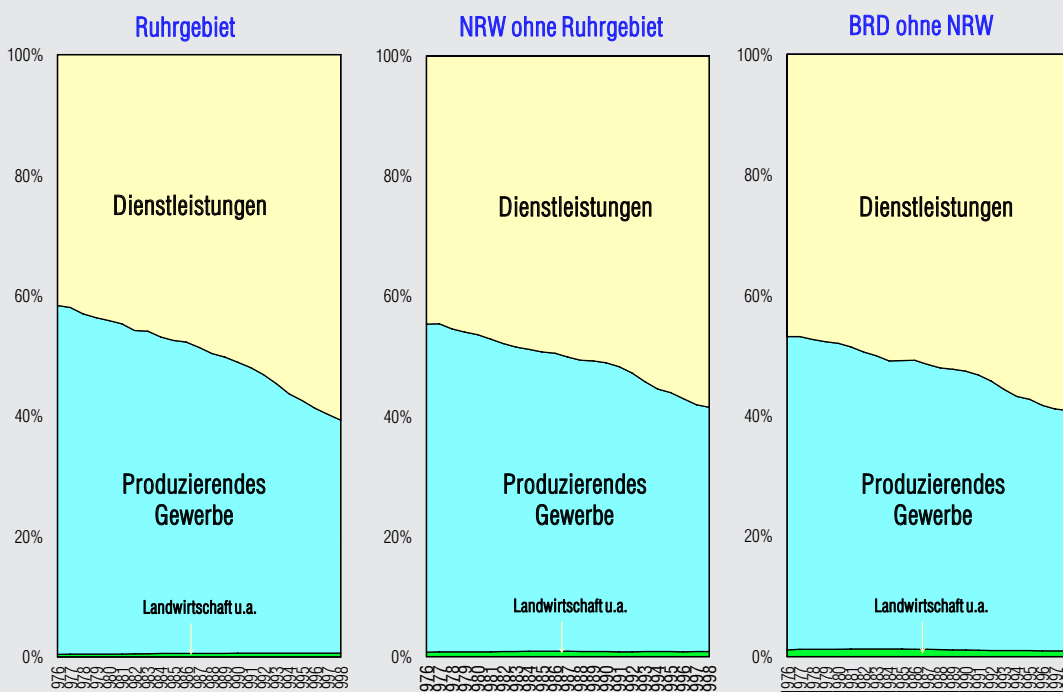
4. Zur sektoralen Struktur der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit anderen Bundesländern

Nordrhein-Westfalen und das Ruhrgebiet stellen sich heute mehr als Baden-Württemberg und Bayern als Dienstleistungsökonomien dar. Dabei scheint das Ruhrgebiet noch besser zu liegen als Nordrhein-Westfalen insgesamt. Berücksichtigt man jedoch den starken Aufwärtstrend der Dienstleistungen in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet und den durchgängige Abwärtstrend im Ruhrgebiet, wird deutlich, dass der hohe Dienstleistungsanteil im Ruhrgebiet ganz einfach die Folge des starken Arbeitsplatzverlustes im produzierenden Gewerbe ist, während für das Land Nordrhein-Westfalen eine positive Entwicklung zur Dienstleistungsökonomie festgestellt werden kann.

Bisher wurde die Beschäftigung einzelner Wirtschaftsbereiche in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit der in anderen Bundesländern dargestellt. Abschließend geben wir einen Überblick über die sektorale Struktur der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und ihre Entwicklung, wie sie sich in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern darstellt. Trotz der relativ groben Brancheneinteilung ergibt sich ein erster Überblick über die wichtigsten Tendenzen des sektoralen Wandels der Beschäftigungsstruktur. Untersuchungen in tieferer Gliederung könnten detailliertere Auskunft geben.

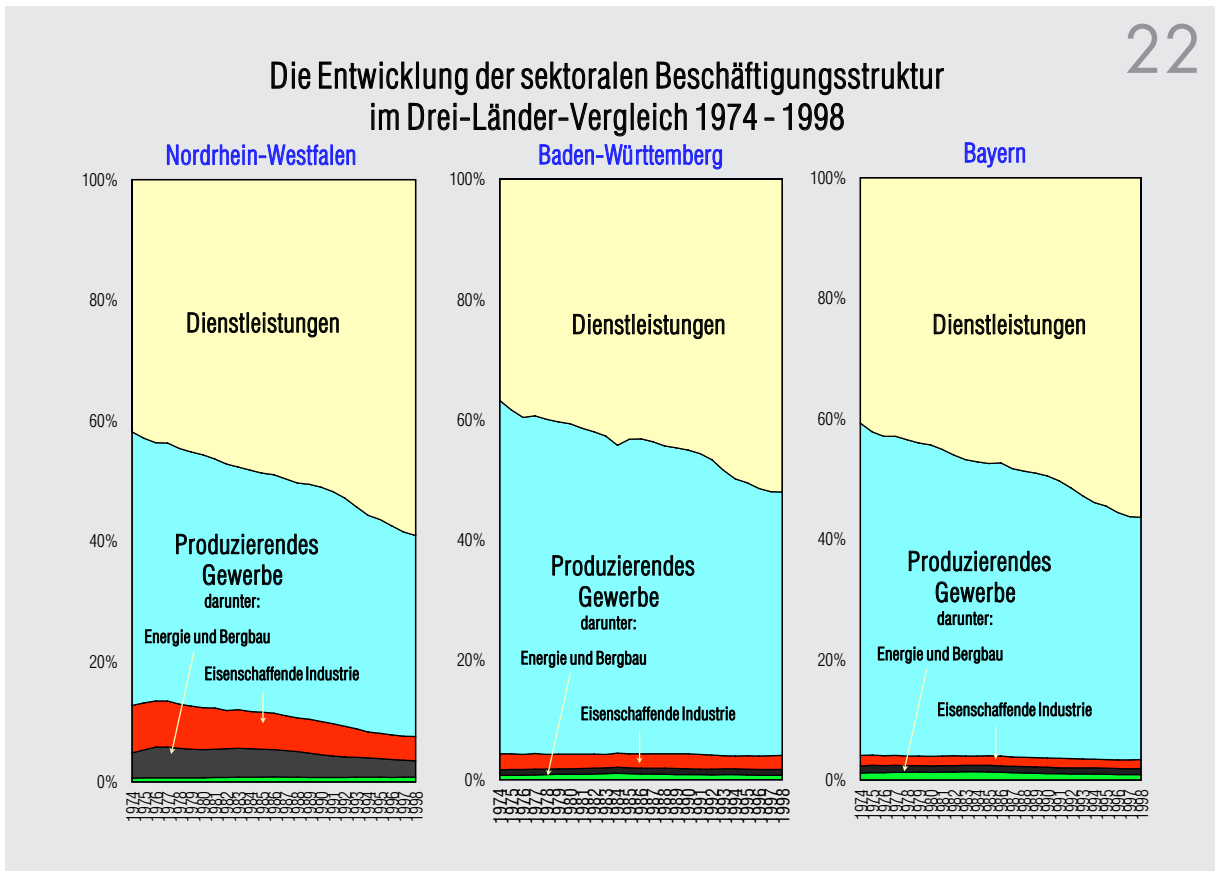
21

Die Entwicklung der sektoralen Beschäftigungsstruktur - 1976 - 1998 -



Das Ruhrgebiet weist, im Vergleich mit NRWoRG und dem übrigen Bundesgebiet, 1976 mit 57,9 vH den höchsten Anteil des Produzierenden Gewerbes und 1998 mit 38,6 vH den niedrigsten Anteil aus. Allein von 1990 bis 1998 hat sich dieser Anteil um 10 Prozentpunkte vermindert. Entsprechend stark ist der Dienstleistungsanteil gestiegen, von 41,6 vH auf 60,7 vH. Er liegt damit über dem Durchschnitt des Bundesgebiets, ohne NRW, von 59,2 vH und über dem Anteil in NRWoRG von 58,5 vH. So gesehen hat sich das Ruhrgebiet zur eigent-

lichen Dienstleistungsregion gewandelt. Zu diesem hohen Beschäftigungsanteil im Dienstleistungssektor hat vor allen Dingen die Schrumpfung von Bergbau und Eisenschaffender Industrie, die hier nicht gesondert ausgewiesen ist, beigetragen und eben nicht eine positive Entwicklung der Dienstleistungen.



Hier wird die sektorale Beschäftigungsstruktur in NRW mit der Baden-Württembergs und Bayerns verglichen. Der anfangs noch steigende Anteil der Sektoren Energie, Bergbau und Eisenschaffende Industrie (verkürzte Bezeichnung) sinkt in NRW danach laufend ab, während er in Baden-Württemberg und Bayern auf niedrigem Niveau durchgängig mehr oder weniger stabil bleibt. In NRW ist der Beschäftigungsanteil des Produzierenden Gewerbes von 57,5 vH im Jahre 1974 auf 40,1 vH im Jahre 1998 gesunken. An der Verminderung um 17,4 Prozentpunkte sind die genannten Sektoren mit 5,3 und die übrigen Bereiche des Produzierenden Gewerbes mit 12,1 Prozentpunkten beteiligt.

Der Dienstleistungssektor hat in NRW anfangs einen Anteil von 41,9 vH und 1998 von beträchtlichen 59,1 vH. Baden-Württembergs Anteile liegen bei nur 36,9 vH und 52,1 vH. Entsprechendes gilt für Bayern: hier stieg der Dienstleistungsanteil von 40,8 vH auf 56,4 vH an. Das korrespondiert mit der im Drei-Länder-Vergleich günstigen Dienstleistungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Auch bei einer strukturellen Betrachtung zeigt sich, dass Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet den Vergleich mit Baden-Württemberg und Bayern nicht zu scheuen braucht. Die Entwicklung zur Dienstleistungsökonomie, die einen wichtigen Aspekt des Strukturwandels darstellt, ist in Nordrhein-Westfalen weit vorangeschritten. Im Ruhrgebiet ist der Strukturwandel passiv - nicht das positive Resultat einer Aufwärtsentwicklung der Dienstleistungen, sondern lediglich die negative Folge das massiven Arbeitsplatzabbaus im Produzierenden Gewerbe.

5. Neue Impulse für den Strukturwandel im Ruhrgebiet: Thesen zu einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung

Die in den hier dargestellten Zahlen deutlich werdende anhaltende Abkopplung des Ruhrgebietes von der wirtschaftlichen Entwicklung im übrigen Nordrhein-Westfalen und in Deutschland kann nicht wirklich überraschen. Die Gründe dafür sind oft diskutiert worden und auch heute noch wirksam: Der immer noch nicht ganz überwundene Niedergang des Bergbaus, die massive Rationalisierung in der Stahlindustrie, die nach wie vor starke Dominanz der Großindustrie, die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, das Verharren eines großen Teils der Wirtschaft in etablierten Märkten, zuwenig Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung und andere Faktoren haben dazu geführt, dass die Beschäftigung im Ruhrgebiet weiterhin stark rückläufig ist - obwohl in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

Bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Ruhrgebiet war die Landesregierung durchaus erfolgreich. Doch das Problem des Ruhrgebietes besteht darin, dass die zahlreichen neuen Arbeitsplätze, die im Ruhrgebiet auch in neuen, zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen geschaffen worden sind, den massiven Arbeitsplatzabbau in den etablierten Wirtschaftszweigen nicht kompensieren können. Es gehen wesentlich mehr Arbeitsplätze verloren, als neue geschaffen werden. Wirtschaftspolitisch heißt das: Mit ihrem insgesamt erfolgreichen Versuch, im Ruhrgebiet neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, schwimmt die Landesregierung vergebens gegen den reißenden Strom des Arbeitsplatzabbaus in den etablierten Wirtschaftsstrukturen an.

Diese Entwicklung ist keineswegs beendet. Sie betrifft künftig immer mehr auch heute noch gesamtwirtschaftlich wachsende Industrie- und Dienstleistungsbereiche, wie Computerindustrie, Elektroindustrie, Banken und Versicherungen. Dem schrumpfenden Montanbereich werden im Ruhrgebiet weitere bislang bedeutende Branchen folgen, wenn nicht ein grundlegender Wandel der wirtschaftlichen und politischen Strategie erfolgt.

These 1

Um eine durchgreifende Verbesserung der Beschäftigungsentwicklung im Ruhrgebiet zu erreichen, müssen auch in den etablierten Wirtschaftsbereichen hinreichend viele neue Arbeitsplätze entstehen. Die von den im Ruhrgebiet vorhandenen Strukturen und Kompetenzen ausgehende Entwicklung neuer Geschäftsfelder und Märkte muss wesentlich stärker als bisher in das Zentrum der Wirtschafts- und Arbeitspolitik rücken.

Hinter diesem Sachverhalt steckt eine bittere Wahrheit, die im Ruhrgebiet niemand gerne ausspricht: Von einem fundamentalen Strukturwandel kann im Ruhrgebiet noch nicht die Rede sein. Auch wenn sich viele der vor- und nachgelagerten Branchen mittlerweile aus ihrer engen Bindung an den Montansektor gelöst haben, auch wenn der Beschäftigungsabbau im Bergbau und seinem wirtschaftlichen Umfeld bislang weitgehend erfolgreich bewältigt worden ist, die Stahlindustrie und andere Unternehmen aus der Montanindustrie erfolgreich diversifiziert haben und neue Unternehmen angesiedelt wurden, das Ruhrgebiet insgesamt ist immer noch in überkommenen Wirtschaftsstrukturen gefangen. Die Auflösung der bestehenden montanindustriellen Strukturen ist ein schmerzlicher und dennoch unabdingbarer Schritt bei der Bewältigung des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Dieser Strukturwandel bleibt jedoch auf halbem Wege stecken, wenn es in den kommenden Jahren nicht gelingt, neue Wirtschaftsstrukturen und damit ein neues wirtschaftliches Profil mit entsprechenden Kompetenzen

im Ruhrgebiet zu entwickeln.

Bisher ist dieses neue wirtschaftliche Profil nur in Ansätzen erkennbar. Die Softwarewirtschaft in Dortmund, die Entwicklung Duisburgs zu einem weit überregional ausstrahlenden Logistikzentrum, neue Energietechnologien in Gelsenkirchen, die ChemSite-Initiative im Emscher-Lippe Raum oder die Umweltschutzwirtschaft können Wurzeln für ein solches neues Profil bilden. Die schon seit vielen Jahren stark vertretenen Branchen, wie Maschinenbau, Chemie, Energiewirtschaft und Fahrzeugbau sowie Handel und Verkehr verfügen über Potenziale, die durchaus zum Ausbau der Beschäftigung genutzt werden können, die aber noch längst nicht ausgeschöpft sind. Gelingt es nicht, diese Potenziale für neue Geschäftsfelder und neue Märkte zu bündeln, dann läuft das Ruhrgebiet Gefahr, sich von einer stark montan geprägten zu einer normalen Industrieregion zu mausern, die gegenüber anderen Regionen kein besonderes Profil mehr aufweist.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat die Landespolitik sich in Bezug auf die "alten" Industrien vor allem darauf konzentriert, den Beschäftigungsabbau sozialverträglich zu gestalten. Das hat sich wirtschaftlich zwar insofern als positiv erwiesen, als im Ruhrgebiet die Wohlstandsentwicklung und die Wirtschaftskraft nicht so massiv eingebrochen sind, wie in anderen Montanregionen. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Restrukturierung gesichert. Doch der Preis dafür war hoch - das Land Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen zwanzig Jahren allein für Kohlesubventionen mindestens soviel Geld ausgegeben wie für die Strukturpolitik.

Viele Wirtschaftswissenschaftler und andere Experten, aber auch viele Politiker, ziehen aus diesen Sachverhalten die Schlussfolgerung, dass nun der Strukturwandel im Ruhrgebiet stark forciert werden muss und die Hilfen für die "alten" Industrien massiv abgebaut werden müssen. Dieses Argument hat wohl manches für sich, aber es geht dann an den Realitäten des Ruhrgebietes vorbei, wenn damit gemeint ist, dass das Land ausschließlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze in neuen Wirtschaftszweigen fördern soll. Falsch ist es in diesem Fall aus zwei Gründen:

1. Wie wir oben bereits dargestellt haben, können die Arbeitsplätze allein in neuen Märkten auch in den nächsten Jahren den Abbau von Arbeitsplätzen in den etablierten Wirtschaftszweigen nicht kompensieren.
2. Gerade im Ruhrgebiet zeigt sich, dass trotz der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit vor allem Unternehmen in neuen Märkten dringend benötigte Arbeitskräfte am regionalen Arbeitsmarkt nicht finden, während es gleichzeitig kaum gelingt, für die in den etablierten Märkten freigesetzten Arbeitskräfte Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

Die Lösung der Beschäftigungsprobleme im Ruhrgebiet kann deshalb in absehbarer Zeit nur gelingen, wenn der Strukturwandel nicht an den etablierten Unternehmen und Wirtschaftszweigen vorbei geht, sondern Impulse für die Entwicklung neuer Produkte und neuer Märkte setzt und so die Entwicklung neuer Leitbranchen vorantreibt.

These 2

Mittelstandspolitik ist zwar gerade unter strukturellen Gesichtspunkten unabdingbar. Sie darf aber nicht dazu führen, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten im großindustriellen Bereich vernachlässigt wird. Neue Geschäftsfelder und Märkte können sinnvoll nur in einem effektiven Zusammenspiel von großen und kleinen, alten und neuen Unternehmen erschlossen werden.

Die etablierten Wirtschaftszweige des Ruhrgebietes sind stark durch große Unternehmen geprägt. Gerade diese Unternehmen haben sich in der Vergangenheit oft als wenig innovationsfähig erwiesen, wenn mehr gefordert war, als die am Markt eingeführten Produkte der Unternehmen und ihre Prozesse technologisch und organisatorisch auf den jeweils neuesten Stand zu bringen. Die wenigen Ausnahmen machen deutlich, welches beschäftigungspolitische Potenzial vorhanden ist. Die Ausgliederung des Maschinen- und Anlagenbaus, der Einstieg in die Umweltschutzwirtschaft oder die Diversifizierung in die Telekommunikationswirtschaft haben deutlich zum Aufbau von Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet beigetragen. Generell wurden diese und andere Chancen, neue Geschäfts- und Beschäftigungsfelder zu entwickeln, jedoch eher zögerlich verfolgt. Ein typisches Beispiel ist Büro- und Wohnungsbau mit Stahl, wo die Unternehmen und Verbände der Branche - unterstützt von der Politik - vor einigen Jahren zwar weitreichende Zukunftsperspektiven aufgezeigt, diese aber kaum umgesetzt haben, sondern am Ende doch bei konventionellen Lösungen hängen blieben.

Die beschränkte Innovationsfähigkeit der großen Unternehmen im Ruhrgebiet ist nicht zuletzt eine Folge mangelnden Wettbewerbs. Das jahrzehntelange Agieren in hoch konzentrierten und stark regulierten Märkten hat offenbar nicht zu einer innovationsfreundlichen Unternehmenskultur im Ruhrgebiet beigetragen. Dies zeigt sich auch darin, dass Diversifizierungsstrategien weitgehend über Akquisitionen und Fusionen verfolgt wurden. Nicht die von den durchaus vorhandenen Kompetenzen ausgehende Entwicklung neuer Produkte und neuer Märkte, sondern die Übernahme innovativer Unternehmen dominiert die Strategien der Großunternehmen im Ruhrgebiet. Darin ist einer der wichtigsten Gründe für die anhaltend ungünstige Beschäftigungsentwicklung und die nach wie vor ungünstige Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebietes zu sehen. Die nicht von einer vorausschauenden Wettbewerbsstrategie geprägte Anpassung der großen Unternehmen im Ruhrgebiet an den Strukturwandel erfolgte einseitig zu Lasten der Beschäftigung, wobei die Unternehmen ihren bloßen Marktwert wohl steigern konnten. Da die Akquisitionen und Fusionen zumeist Unternehmen einbezogen, die zwar oft günstige wirtschaftliche Ergebnisse aufwiesen, aber in den gleichen Wirtschaftszweigen tätig waren, in denen auch die Wirtschaft des Ruhrgebiets tätig war, hat die Diversifizierung der großen Unternehmen wenig zur Veränderung der Wirtschaftsstruktur beigetragen.

Die Einsicht in die oft bescheidene Innovationsfähigkeit und -bereitschaft der großen Unternehmen im Ruhrgebiet scheint Wasser auf die Mühlen derjenigen zu sein, die voll auf Mittelstandspolitik als wirtschaftspolitisches Allheilmittel setzen. Es ist sicher richtig, die bisher oft einseitige Orientierung staatlicher Wirtschafts- und Arbeitspolitik - die übrigens auch in Nordrhein-Westfalen noch längst nicht überwunden ist - durch eine stärkere Einbeziehung des Mittelstandes zu kompensieren. Das gilt um so mehr, als der starke Wettbewerbsdruck kleine und mittlere Unternehmen dazu treibt, einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung und zur Qualifikation leisten.

Beschäftigungspolitisch bedenklich wäre es jedoch, künftig ebenso einseitig auf mittelständische Unternehmen zu setzen, wie bisher auf Grosse gesetzt wurde. In Anbetracht der Tatsache, dass gegenwärtig bei großen Unternehmen sehr viel Arbeitsplätze verloren gehen, für die die mittelständische Wirtschaft aus verschiedenen Gründen keinen wirklichen Ersatz anbieten kann - also Arbeitsplätze auf die die Arbeitskräfte übernommen werden können, die in großen Unternehmen freigestellt werden -, darf die Beschäftigungsentwicklung bei den großen Unternehmen nicht vernachlässigt werden. Das gilt um so mehr, als Entwicklungen, die zu Beschäftigungseinbrüchen bei den großen Unternehmen führen, zumeist auch bei mittelständischen Zulieferern tiefe Spuren hinterlassen.

Daraus ergibt sich jedoch kein Plädoyer für eine massive Subventionierung der großen Unternehmen, die ebenso massive Wettbewerbsverzerrungen auch zu Lasten des Mittelstandes erzeugen würden. Vor allem aber sind Subventionen ohnehin wenig zielführend - namentlich,

wenn es um Innovation geht. Die beschränkte Innovationsfähigkeit vieler großer Unternehmen ist mit den üblichen finanziellen Instrumenten des Staates nicht aufzubrechen. Erfahrungen im nationalen und internationalen Kontext zeigen, dass Subventionen für große Unternehmen, insbesondere auch Subventionen zur Förderung neuer Technologien, in der Regel ein Fass ohne Boden sind und wenig bewirken. Klar ist: Mit finanziellen Hilfen für technische Innovationen lässt sich die Entwicklung neuer Produkte und neuer Märkte in den großen Unternehmen der etablierten Wirtschaftszweige nicht oder nur mit zu hohem Aufwand vorantreiben.

These 3

Für die Einbeziehung der großen Unternehmen in den etablierten Wirtschaftszweigen in die Entwicklung neuer Märkte und neuer Produkte und die Schaffung von attraktiven Ersatzarbeitsplätzen dort müssen Alternativen zur finanziellen Förderung von technologischen Innovationen eingesetzt werden, wie die Entwicklung von Leitmärkten und die Unterstützung von Diversifizierungen und Ausgründungen durch gezielte Qualifizierungsprogramme.

Ein Strategiewechsel ist notwendig: weg vom "technology push" hin zum "market pull", worin sich die Wettbewerbskräfte stärker ausdrücken. Von der finanziellen Förderung von technologischen Innovationen weg muss der Weg hin zur Entwicklung von Leitmärkten und von qualifizierten Arbeitsmärkten gesucht werden. Dies gilt nicht nur für die großen Unternehmen. Die Entwicklung von Leitmärkten bietet auch der mittelständischen Industrie in der Region, in der Leitmärkte entwickelt werden, auf breiter Basis frühe Chancen, sich als Zulieferer, Produzenten oder Kunden in neue technologische Entwicklungen einzuklinken. Weil sie von der Nähe der Leitmärkte profitieren, können sie in aller Regel auf eine direkte Förderung technologischer Entwicklungen leicht verzichten. Der Strategiewechsel von "technology push" zu "market pull" ist insgesamt ausgesprochen mittelstandsfreundlich.

Zudem lässt sich ein solcher Strategiewechsel auch in einem größeren Kontext begründen. In der sogenannten "wissensbasierten Volkswirtschaft" ist, wie unter anderem die OECD feststellt, viel mehr Wissen vorhanden, als ökonomisch genutzt wird und werden kann. Nicht das Wissen selbst, sondern die Fähigkeit, Wissen wirtschaftlich sinnvoll zu nutzen, ist laut OECD der Engpass-Faktor der "wissensbasierten Volkswirtschaft". Von deren Verwirklichung sind wir heute noch weit entfernt. Die institutionellen Voraussetzungen für den interaktiven Prozess der Wissensteilung, der durch Wettbewerb und Kooperation das in der Gesellschaft nur verstreut verfügbare Wissen zum Wohl der Allgemeinheit zu effizienter Entfaltung bringt, sind bis heute wissenschaftlich weder hinreichend herausgearbeitet, noch stehen probate Instrumente zur politischen Umsetzung zur Verfügung. Und doch wird es von der Lösung dieser Frage, die das Bildungssystem insgesamt, die Neuerungsbereitschaft der Gesellschaft und die wirtschaftspolitische Rahmensetzung betrifft, abhängen, welche Zukunft der Produktionsstandort Ruhrgebiet in einer weltweiten Arbeitsteilung einnehmen wird.

Das hat zur Folge, dass das wirtschaftliche Innovationsgeschehen vom Impuls der Technik nur noch schwach getrieben wird. Wesentliche Steuerungsimpulse kommen von Märkten und neu vermarkteten Bedürfnissen und Wünschen her. Das heißt freilich nicht, dass Technologie keine Rolle mehr spielt. Viele Innovationen werden nach wie vor durch technologische Entwicklungen erst ermöglicht. Unternehmen oder ganze Regionen können auf neue Impulse des Marktes oft nicht innovativ reagieren, wenn sie keine hohe technologische Leistungsfähigkeit haben. Der in unserem Zusammenhang wichtige Punkt ist jedoch, dass sich aus konkreten technologischen Veränderungen zumeist ganz unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen ergeben, deren Nutzung und Entwicklung von einem breiten Spektrum unterschiedlicher Kompetenzen abhängt.

Für den wirtschaftlichen Innovationserfolg von Unternehmen ist deshalb die Fähigkeit entscheidend, neue technologische Möglichkeiten rasch mit Marktpulsen oder neuen Bedarfen zu verknüpfen. Der wirtschaftliche Erfolg von Regionen hängt davon ab, dass umfangreiche, sich für bestimmte Sektoren ergänzende Kompetenzen vorhanden sind, die die Grundlage dafür bieten, neue technologische Möglichkeiten rasch mit Marktpulsen oder neuen Bedarfen, die am Markt noch nicht wirksam geworden sind, zu verknüpfen, dass sich also eine möglichst effektive "Vorauswirtschaft" entfaltet. Die Förderung einzelner technologischer Entwicklungen nutzt die darin steckenden vielfältigen Potenziale viel zu wenig aus und ist deshalb wenig geeignet, eine effiziente "Vorauswirtschaft" zu schaffen, die die Vorteile einer Wissensteilung konsequent nutzt.

Was sich als "Strategiewechsel" sehr abstrakt anhören mag, schlägt sich ganz pragmatisch schon seit Jahren darin nieder, dass die Attraktivität von Märkten und vor allem die Entwicklung von Leitmärkten für neue Technologien und neue Produkte die wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Chancen von Regionen und nationalen Volkswirtschaften ganz entscheidend prägt. Die Führungsrolle der amerikanischen Wirtschaft in vielen neuen Technologien und Märkten (und die sich daraus ergebende günstige Beschäftigungsentwicklung) liegt insbesondere darin, dass die globalen Leitmärkte für neue Produkte oft in den U.S.A. entstehen - selbst für Wissen und Technologien, die zuerst in Europa entwickelt wurden.

Für die Stimulierung von Märkten und die Förderung der Entwicklung von Leitmärkten hat die Landespolitik eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Dazu gehören die innovationsorientierte Nutzung der öffentlichen Beschaffung und der öffentlichen Investitionen sowie eine innovations- und marktorientierte Gestaltung staatlicher Regulation, aber auch die Förderung eines frühen Markteintrittes von Existenzgründern und von mittelständischen Unternehmen mit neuen Produkten und nicht zuletzt die Förderung von leistungsfähigen Innovationssystemen im Ruhrgebiet.

These 4

Die Chancen des Ruhrgebietes, die Beschäftigung durch eine Forcierung des Strukturwandels nachhaltig zu verbessern, hängen entscheidend davon ab, dass es gelingt, eine neue Innovationskultur zu entwickeln. Nicht die Fixierung auf neue Technologien, sondern umfassende Kompetenzen zur Entwicklung, Nutzung und strategischen Umsetzung neuen Wissens spielt hierbei eine Schlüsselrolle.

Die Problematik der Entwicklung neuer Märkte und Geschäftsfelder wird oft auf die Frage nach der technologischen Leistungsfähigkeit verkürzt. So hat eine Prognos-Studie im Auftrag der Wirtschaftswoche gezeigt, dass die Raumordnungsregionen im Ruhrgebiet mit Ausnahme von Duisburg/Essen in Bezug auf ihre technologische Leistungsfähigkeit in der unteren Hälfte aller Regionen liegen. Auch Duisburg/Essen befindet sich lediglich im Mittelfeld. Die Raumordnungsregionen im übrigen Nordrhein-Westfalen stehen dagegen überwiegend gut da. Insgesamt kann man auch hier feststellen, dass Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet den Vergleich mit Baden-Württemberg und Bayern derzeit nicht zu scheuen braucht.

Betrachtet man die Veränderung der Anzahl der in Forschung und Entwicklung Beschäftigten, zeigen sich für das Ruhrgebiet wie auch für andere Regionen in Nordrhein-Westfalen insgesamt im Vergleich zu führenden Regionen in Bayern und Baden-Württemberg ungünstige Zukunftsperspektiven. Das Ruhrgebiet und die anderen Regionen in Nordrhein-Westfalen weisen einen deutlich höheren Rückgang der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung auf, als führende Regionen in Bayern und Baden-Württemberg, obwohl sie schon vom gegenwärtigen Bestand her niedriger liegen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch in Bezug auf die Zahl der

hochqualifizierten Arbeitnehmer in technologieorientierten Wirtschaftszweigen, wo sowohl das Ruhrgebiet wie auch die meisten anderen Regionen in Nordrhein-Westfalen niedriger liegen als die führenden Regionen in Süddeutschland und wo das Ruhrgebiet zum Teil auch noch negative Veränderungsraten aufweist.

Diese Beobachtung steht keineswegs im Widerspruch zu unserer Forderung nach einem Strategiewechsel, sie geht vielmehr in die gleiche Richtung. Die Förderung der technologischen Leistungsfähigkeit hat nur bedingt etwas mit der Förderung einzelner Technologien zu tun. Sie hängt vielmehr von der Anzahl der in Forschung und Entwicklung beschäftigten Arbeitnehmer, dem Anteil der hochqualifizierten Arbeitnehmer in technologieorientierten Unternehmen und mit der Neugründung von technologieorientierten Unternehmen ab. Diese Faktoren kann man durch Technologieförderung kaum beeinflussen - vor allem dann nicht, wenn die in Nordrhein-Westfalen mit staatlicher Hilfe entwickelten neuen Technologien zuerst im Ausland vermarktet werden. Man kann sie aber sehr wohl beeinflussen, in dem man in Nordrhein-Westfalen Märkte für neue Technologien stimuliert und versucht, die globalen Leitmärkte für neue Technologien hier zu entwickeln. Man kann sie auch durch eine weitere Verstärkung des Gründungsgeschehens, insbesondere auch der Verbesserung der Gründungsdynamik an den Hochschulen, verbessern.

Die Schwächen des Ruhrgebietes (und bezogen auf die Zukunft auch von anderen Regionen Nordrhein-Westfalens) bezüglich der Entwicklung neuer Märkte und Geschäftsfelder haben eine wichtige Ursache in einem ungünstigen Innovationsmilieu oder Innovationsumfeld im Ruhrgebiet. Die großindustriellen Strukturen und die von ihnen geprägte Revierkultur, die immer noch starke Einbindung eines erheblichen Teiles der kleinen und mittleren Unternehmen in diese Strukturen, die immer noch starke Macht der immer noch eng miteinander verflochtenen traditionellen Eliten, die oft schwache Integration der Universitäten im Ruhrgebiet in ihr wirtschaftliches Umfeld, traditionsbetonte Wertstrukturen bei Eliten und der Bevölkerung, die selbst kleinräumig oft geringe Mobilität der Bevölkerung, die sich mit dem Kirchturmdenken in der Politik paart und andere Beschränkungen stehen weitreichenden Innovationen und Veränderungen oft im Wege.

Innovationsmilieus oder Innovationsumfelder, wie immer man das vielschichtige Zusammenspiel weicher und harter Faktoren der Innovationsfähigkeit nennen will, sind nur schwer greifbare komplexe Strukturen, die für Politik oft unzugänglich erscheinen. Dennoch gibt es eine Reihe von pragmatischen Möglichkeiten, Innovationsmilieus oder Innovationsumfelder nachhaltig zu verbessern. Dazu gehören unter anderem:

Die Schaffung von neuen Kooperationsstrukturen, wie "Sonderentwicklungsbereichen", temporären kommerziellen Projektgesellschaften oder virtuellen Labors, die die universitäre Forschung stärker in marktorientierte und wettbewerbsbestimmte Innovationsprozesse einbinden und die mittelständische Unternehmen besser an die Universität und ihre spezifischen Leistungen heranführt.

Die Integration unterschiedlicher Akteure in größer und längerfristig angelegte Projekte, die vielfältig in das Umfeld hineinwirken, z. B. in Projekte, die die in den Teilregionen des Ruhrgebietes vorhandenen spezifischen Innovationspotenziale nutzen, die weitreichende Innovationen in ganzen Produktionsketten vorantreiben, in denen für neue technologische Entwicklungen frühzeitig enge Hersteller-Kundenbeziehungen in einer Region aufgebaut werden oder in denen weitreichende, aber konkrete Innovationen vorangetrieben werden, die technologische und organisatorische Sprünge in einem ganzen Wirtschaftszweig oder sogar in mehreren Wirtschaftszweigen erzeugen.

Die breite Einbeziehung von Unternehmen und Arbeitnehmern in die Diskussion über Innovationen durch Kampagnen, wie "Ideenfieber", und durch die Nutzung kultureller Vermittlungsformen, insbesondere auch Formen der Massenkultur, wie etwa Shows, Musicals, Musik, Comics.

Solche Aktivitäten sind wichtige Elemente eines Strategiewechsels, der nicht nur "technology push" durch "market pull" ersetzt, sondern ein Umfeld schafft, in dem sowohl die Entwicklung neuer technologischer Lösungen als auch die wirtschaftliche Artikulation neuer Bedürfnisse und Wünsche, und somit die Stimulierung neuer Märkte schneller und intensiver voranbringt. Eine grundlegende Voraussetzung dafür besteht in der effizienten Nutzung des wirtschaftlich relevanten Wissens. Die Bildungs- und Wissenschaftspolitik muss im Verein mit der Wirtschaftspolitik das schwierige Problem der Wissensteilung endlich in Angriff nehmen. Wie zum Beginn der Industrialisierung die wichtigsten Effizienzgewinne aus der Arbeitsteilung erzielt worden sind, so gilt es heute, aus einer effizienten Wissensteilung den Weg zu neuen Märkten zu ebnet. Das ist der schwierigere Teil des notwendigen Strategiewechsels, aber auch derjenige, der eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen und Perspektiven des Ruhrgebietes schafft.

These 5

Eine neue Innovationskultur ist nicht allein eine wirtschaftspolitische Aufgabe. Sie kann sich nur in einem offenen und attraktiven urbanen, kulturellen und sozialen Umfeld entfalten, das den Beschäftigten eine hohe Lebensqualität bietet. Eine hohe Lebensqualität stellt dabei nicht nur einen zentralen Standortfaktor für innovative Unternehmen dar, sie ist auch für sich selbst ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, dessen Beschäftigungspotenziale noch immer massiv unterschätzt werden.

Es ist wohl Bestandteil der von großindustriellen Traditionen geprägten Kultur des Ruhrgebiets, dass Dienstleistungen noch immer gering geschätzt werden. Zwar ist mittlerweile die Bedeutung produktionsbezogener Dienstleistungen für die wirtschaftliche Innovationsfähigkeit anerkannt, personenbezogene Dienste werden aber noch immer mit gering qualifizierter und unsicherer Beschäftigung gleichgesetzt.

Diese Geringschätzung der personenbezogenen Dienstleistungen übersieht zweierlei. Erstens wurden bereits in den vergangenen Jahren in Feldern wie Soziales, Gesundheit oder Freizeit auch im Ruhrgebiet umfangreich neue Arbeitsplätze geschaffen. Zweitens wird dieser Bereich künftig vermutlich erheblich wachsen. Veränderte Arbeits- und Alterstrukturen, veränderte Lebensstile und Konsumbedürfnisse tragen dazu bei, dass die Nachfrage nach personenbezogenen Diensten nicht nur wachsen wird, sondern sich hinsichtlich Kundenorientierung und Dienstleistungsqualität eine tiefgreifende Professionalisierung dieses Bereiches ergeben wird, so dass einige Wissenschaftler die Lebensqualität als eine der Schlüsselbranchen der kommenden Jahre sehen.

Die Professionalisierung von Lebensqualität als Wirtschaftsbereich, der zunehmend miteinander verknüpfte Felder wie Bildung, Gesundheit, Erziehung, Freizeit, Sport, Kultur usw. umfasst, ist ein Trend, für dessen Nutzung im Ruhrgebiet nicht nur wegen der großen Bevölkerungs- und damit Nachfragedichte umfangreiche Potenziale vorhanden sind. Sport war stets ein integraler Bestandteil des Lebens im Ruhrgebiet, die Kultur profitiert von der dezentralen Siedlungsstruktur der Region, im Gesundheitsbereich bietet die Altersstruktur des Ruhrgebiets ein äußerst attraktives Nachfragepotenzial, im Umweltbereich sind bereits eine Vielzahl von Unternehmen vorhanden. Diese Potenziale zu bündeln und zu entwickeln ist unter beschäftigungspolitischen Aspekten eine Chance, die keinesfalls vertan werden sollte.

6. Tabellen

Tabelle **1**

Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit der Bevölkerung des früheren Bundesgebiets		
Jahr	ohne NRW: Prozentgröße	mit NRW: Prozentanteil
	in vH	
1974	38,46	27,77
1975	38,48	27,79
1976	38,48	27,79
1977	38,42	27,76
1978	38,38	27,73
1979	38,31	27,70
1980	38,25	27,67
1981	38,16	27,62
1982	38,04	27,56
1983	37,86	27,46
1984	37,70	27,38
1985	37,60	27,33
1986	37,51	27,28
1987	37,66	27,36
1988	37,63	27,34
1989	37,53	27,29
1990	37,41	27,23
1991	37,27	27,15
1992	37,13	27,08
1993	37,01	27,01
1994	36,97	26,99
1995	-	-
1996	-	-
1997	36,93	26,97
1998	36,90	26,95

Tabelle **2**

Die Erwerbstätigen in Nordrhein- Westfalen im Vergleich mit den Erwerbstätigen der früheren Bundesländer ohne NRW (=100)		
Jahr	NRW ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebiet
	Prozentgrößen in vH	
1976	24,56	10,82
1977	24,59	10,65
1978	24,48	10,47
1979	24,44	10,51
1980	24,39	10,29
1981	24,59	10,38
1982	24,56	10,30
1983	24,58	10,12
1984	24,60	9,93
1985	24,62	9,74
1986	24,21	9,89
1987	23,80	10,04
1988	23,74	10,10
1989	23,54	10,17
1990	25,05	10,31
1991	24,53	9,94
1992	24,78	10,00
1993	25,02	9,96
1994	25,16	9,74
1995	24,74	9,75
1996	25,34	9,93
1997	25,97	10,10
1998	26,05	10,06

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen nach Wirtschaftsbereichen im Vergleich mit den Beschäftigten im übrigen früheren Bundesgebiet (=100) 1976 - 1998										
Jahr	Tabelle 3		Tabelle 4		Tabelle 5		Tabelle 6		Tabelle 7	
	Insgesamt		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungsbereich insgesamt		Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung		Übrige Dienstleistungen	
	Nordrhein- Westfalen ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebiet	Nordrhein- Westfalen ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebiet	Nordrhein- Westfalen ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebiet	Nordrhein- Westfalen ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebiet	Nordrhein- Westfalen ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebiet
1976	26,33	12,60	27,64	14,03	25,10	11,19	25,31	12,85	24,95	10,07
1977	25,99	12,21	27,33	13,52	24,72	10,93	25,13	12,51	24,44	9,88
1978	25,73	11,94	26,90	13,12	24,69	10,84	24,98	12,27	24,50	9,90
1979	25,61	11,72	26,72	12,83	24,65	10,71	24,87	12,08	24,51	9,83
1980	25,37	11,54	26,35	12,57	24,55	10,61	24,73	11,88	24,43	9,79
1981	25,43	11,56	26,39	12,64	24,69	10,63	24,87	11,93	24,58	9,80
1982	25,38	11,30	26,36	12,29	24,61	10,47	24,78	11,76	24,50	9,68
1983	25,25	11,15	26,25	12,26	24,48	10,22	24,82	11,48	24,29	9,47
1984	25,39	11,05	26,71	12,16	24,34	10,16	24,76	11,40	24,10	9,44
1985	25,14	10,85	26,14	11,78	24,37	10,12	24,76	11,22	24,15	9,50
1986	25,17	10,76	26,00	11,59	24,55	10,10	24,94	11,16	24,33	9,52
1987	25,17	10,60	26,03	11,36	24,53	10,01	25,01	11,05	24,27	9,44
1988	25,20	10,47	26,09	11,14	24,53	9,97	25,07	10,92	24,24	9,45
1989	25,28	10,38	26,27	10,97	24,54	9,96	25,06	10,90	24,26	9,45
1990	25,37	10,30	26,33	10,76	24,64	9,98	25,30	10,87	24,29	9,50
1991	25,27	10,13	26,22	10,50	24,56	9,89	25,28	10,68	24,16	9,46
1992	25,19	10,02	26,13	10,35	24,51	9,81	25,30	10,60	24,08	9,37
1993	25,13	9,93	26,04	10,26	24,50	9,74	25,38	10,53	24,04	9,33
1994	25,12	9,78	26,00	9,97	24,54	9,69	25,56	10,50	17,50	6,76
1995	25,20	9,70	26,05	9,75	24,64	9,71	25,75	10,50	17,57	6,80
1996	25,30	9,67	26,15	9,65	24,76	9,74	25,94	10,46	17,73	6,89
1997	25,47	9,63	26,08	9,50	25,12	9,76	26,53	10,37	18,12	7,02
1998	25,58	9,54	26,08	9,24	25,28	9,78	26,85	10,43		

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen.

Tabelle 8

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern 1974 - 1998				
Jahr	Nordrhein-Westfalen		Baden-Württemberg	Bayern
	insgesamt	ohne Ruhrgebiet		
	Prozentanteile in vH			
1974	45,69		26,73	27,58
1975	45,95		26,48	27,58
1976	45,85	31,01	26,25	27,9
1977	45,23	30,78	26,44	28,33
1978	44,78	30,59	26,58	28,64
1979	44,49	30,52	26,65	28,86
1980	44,12	30,33	26,85	29,03
1981	44,02	30,26	26,85	29,13
1982	43,7	30,23	26,94	29,36
1983	43,44	30,14	27,04	29,53
1984	43,46	30,28	26,63	29,92
1985	42,97	30,01	27,25	29,78
1986	42,81	30	27,31	29,87
1987	42,66	30,02	27,37	29,97
1988	42,57	30,08	27,39	30,03
1989	42,55	30,16	27,41	30,03
1990	42,55	30,27	27,4	30,05
1991	42,45	30,3	27,37	30,18
1992	42,38	30,32	27,35	30,28
1993	42,37	30,37	27,17	30,46
1994	42,3	30,45	27,03	30,67
1995	42,25	30,5	27,01	30,74
1996	42,28	30,58	27	30,72
1997	42,3	30,7	26,98	30,72
1998	42,22		26,99	30,78

Tabelle 9

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern 1974 - 1998				
Jahr	Nordrhein-Westfalen		Baden-Württemberg	Bayern
	insgesamt	ohne Ruhrgebiet		
	Prozentanteile in vH			
1974	36,09		24,93	38,97
1975	36,44		24,34	39,22
1976	35,55	27,3	24,79	39,67
1977	34,91	27,08	24,75	40,34
1978	33,83	25,98	25,36	40,82
1979	33,32	25,59	26,17	40,51
1980	33,19	25,62	26,94	39,87
1981	33,19	25,63	26,84	39,98
1982	33,33	25,53	27,3	39,38
1983	33,21	25,71	27,36	39,44
1984	33,51	26,16	27,55	38,94
1985	34,43	26,75	27,07	38,5
1986	35,23	27,34	27,18	37,59
1987	35,82	27,68	27,19	36,99
1988	36,26	27,9	27,12	36,62
1989	36,28	27,89	27,22	36,5
1990	36,75	28	27,36	35,89
1991	37,56	28,57	26,81	35,62
1992	37,97	28,88	26,76	35,27
1993	38,03	28,93	26,85	35,12
1994	38,82	29,51	26,71	34,48
1995	39,4	29,93	26,59	34,01
1996	39,77	30,32	26,37	33,86
1997	40,39	30,7	26,03	33,59
1998	41,13		25,67	33,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen

Tabelle **10**

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Energiewirtschaft, Wasserversorgung und im Bergbau in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern 1974 - 1998			
	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Bayern
Jahr	Prozentanteile in vH		
1974	77,48	9,57	12,95
1975	78,72	9,08	12,2
1976	80,52	8,43	11,04
1977	80,13	8,62	11,25
1978	79,45	8,95	11,6
1979	79,08	9,09	11,83
1980	78,92	9,25	11,83
1981	78,67	9,53	11,8
1982	78,19	9,77	12,04
1983	77,96	9,97	12,07
1984	77,45	10,32	12,24
1985	76,82	10,5	12,69
1986	77,08	10,12	12,8
1987	75,97	11,03	13
1988	75,49	11,26	13,25
1989	74,7	11,61	13,69
1990	73,84	11,98	14,17
1991	73,12	12,26	14,62
1992	72,01	12,72	15,27
1993	71,09	13,09	15,82
1994	70,02	13,58	16,4
1995	69,68	13,84	16,48
1996	69,35	14,03	16,62
1997	68,25	14,66	17,09
1998	66,85	14,56	18,59

 Tabelle **11**

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe ohne Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern 1974 - 1998			
	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Baden-Württemberg
Jahr	Prozentanteile in vH		
1974	43,1	29,1	27,8
1975	43,31	28,86	27,83
1976	43,04	28,59	28,37
1977	42,4	28,87	28,74
1978	41,86	29,07	29,07
1979	41,59	29,15	29,26
1980	41,15	29,38	29,47
1981	41,03	29,41	29,56
1982	40,6	29,66	29,74
1983	40,41	29,74	29,84
1984	40,66	28,85	30,49
1985	39,76	30,09	30,15
1986	39,46	30,22	30,32
1987	39,32	30,39	30,3
1988	39,2	30,37	30,43
1989	39,3	30,34	30,36
1990	39,38	30,31	30,31
1991	39,32	30,34	30,34
1992	39,27	30,38	30,36
1993	39,24	30,1	30,66
1994	39,09	29,93	30,98
1995	39	29,91	31,09
1996	38,95	30	31,05
1997	38,73	30,16	31,11
1998	38,44	30,34	31,22

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen

Tabelle 12

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern 1974 - 1998				
Jahr	Nordrhein-Westfalen		Baden- Württemberg	Bayern
	insgesamt	ohne Ruhrgebiet		
Prozentanteile in vH				
1974	49,19		23,44	27,37
1975	49,19		23,38	27,43
1976	48,86	32,41	23,38	27,77
1977	48,36	32,29	23,3	28,33
1978	47,99	32,18	23,42	28,59
1979	47,64	32,06	23,43	28,93
1980	47,2	31,88	23,6	29,2
1981	47,03	31,79	23,67	29,3
1982	46,73	31,69	23,72	29,55
1983	46,35	31,69	23,88	29,77
1984	46,04	31,52	24,02	29,94
1985	45,86	31,55	24,11	30,03
1986	45,81	31,65	24,15	30,04
1987	45,64	31,65	24,14	30,22
1988	45,57	31,74	24,26	30,17
1989	45,53	31,73	24,31	30,15
1990	45,68	31,96	24,24	30,07
1991	45,61	32,06	24,13	30,26
1992	45,51	32,07	24,13	30,37
1993	45,43	32,1	24,17	30,4
1994	45,47	32,23	24,13	30,4
1995	45,39	32,24	24,26	30,35
1996	45,34	32,32	24,3	30,36
1997	45,6	32,78	24,04	30,36
1998	45,87		23,91	30,22

Tabelle 13

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor, ohne Handel, Verkehr und Nachrichten- übermittlung in Nordrhein-Westfalen, Baden- Württemberg und Bayern 1974 - 1998				
Jahr	Nordrhein- Westfalen	Baden- Württemberg	Bayern	Prozentanteile in vH
1975	46,84	24,9	28,27	
1976	46,25	25,04	28,71	
1977	45,65	25,11	29,24	
1978	45,31	25,22	29,47	
1979	45,24	25,25	29,51	
1980	45,04	25,41	29,56	
1981	44,96	25,49	29,55	
1982	44,78	25,35	29,87	
1983	44,45	25,44	30,11	
1984	44,19	25,53	30,28	
1985	44,19	25,48	30,33	
1986	44,21	25,48	30,32	
1987	43,94	25,45	30,61	
1988	43,87	25,54	30,6	
1989	43,74	25,59	30,68	
1990	43,68	25,59	30,73	
1991	43,51	25,56	30,93	
1992	43,4	25,51	31,09	
1993	43,27	25,54	31,2	
1994	43,2	25,5	31,29	
1995	43,28	25,42	31,3	
1996	43,38	25,39	31,23	
1997	43,62	25,3	31,08	
1998	43,66	25,13	31,2	

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen IATdat

Tabelle **14**

Wachstumsraten der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt, nach Bundesländern, 1975 - 1998				
Jahr	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Bayern	Übrige frühere Bundesländer
	vH			
1975	-2,79		-3,36	-3,77
1976	-1	-1,61	0,39	-0,79
1977	-1,68	0,37	1,19	-0,24
1978	0,05	1,57	2,14	1,03
1979	1,71	2,64	3,14	2,4
1980	1,01	2,6	2,46	1,8
1981	-0,25	-0,02	0,29	-1,06
1982	-2,53	-1,46	-1	-2,06
1983	-2,16	-1,22	-1	-1,66
1984	-0,46	-2,04	0,81	-0,56
1985	0,78	4,24	1,46	1,28
1986	1,58	2,16	2,24	1,35
1987	1,17	1,73	1,87	1,47
1988	0,83	1,12	1,23	1,06
1989	1,66	1,79	1,72	1,56
1990	3,4	3,34	3,45	3,42
1991	2,99	3,12	3,66	4,03
1992	1,12	1,22	1,61	1,9
1993	-2,06	-2,71	-1,42	-1,28
1994	-1,94	-2,28	-1,09	-1,33
1995	-0,7	-0,64	-0,36	-0,88
1996	-0,97	-1,09	-1,11	-1,26
1997	-0,84	-0,98	-0,89	-1,47
1998	-0,07	0,17	0,33	-0,44

 Tabelle **15**

Wachstumsraten der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe, nach Bundesländern, 1975 - 1998				
Jahr	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Bayern	Übrige frühere Bundesländer
	vH			
1975	-4,73	-6,93	-6	-6,83
1976	-2,3	-3,65	-0,9	-2,21
1977	-1,83	0,7	1,02	-0,58
1978	-1,6	0,6	1,05	0,04
1979	0,63	1,8	2,14	1,69
1980	0,17	2,04	1,96	1,51
1981	-1,53	-1,28	-1,13	-2,51
1982	-4,3	-2,65	-2,87	-3,93
1983	-3,11	-2,45	-2,42	-3,06
1984	-1,52	-4,98	0,08	-2,47
1985	-0,25	6,21	1	0,69
1986	1,1	2,31	2,54	1,42
1987	-0,26	0,89	0,16	0,02
1988	-0,51	-0,05	0,4	-0,4
1989	1,25	1,33	1,23	1,2
1990	2,39	2,61	2,53	3,03
1991	1,51	2,06	2,08	2,99
1992	-1,18	-0,67	-0,71	-0,3
1993	-5,33	-6,13	-4,23	-4,43
1994	-5,08	-5,11	-3,54	-4,04
1995	-2,3	-1,99	-1,6	-1,85
1996	-3,47	-2,98	-3,4	-3,75
1997	-3,37	-2,03	-2,42	-3,38
1998	-1,46	0,08	0,06	-1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen.

Tabelle **16**

Wachstumsraten der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor, nach Bundesländern, 1975 - 1998				
Jahr	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Bayern	Übrige frühere Bundesländer
	vH			
1975	-0,83	-0,6	-0,38	-1,66
1976	0,49	1,85	2,93	1,09
1977	-1,61	-0,4	1,49	0,36
1978	2,13	3,45	3,79	2,25
1979	3,37	3,98	4,47	3,18
1980	2,39	3,76	3,6	2,57
1981	1,32	1,91	1,71	0,2
1982	-0,36	0,07	1,21	-0,49
1983	-1,2	0,12	0,37	-0,76
1984	0,64	1,77	1,85	0,8
1985	1,79	2,06	2,21	1,74
1986	1,97	2,13	2,02	1,18
1987	2,71	3,17	4,05	2,47
1988	2,46	3,03	2,54	2,74
1989	2,31	2,74	2,65	2,47
1990	4,83	4,69	4,79	4,35
1991	4,82	4,86	5,74	5,51
1992	3,57	3,7	4,29	3,85
1993	0,81	1,27	1,36	1,18
1994	0,78	0,78	1,08	0,56
1995	0,92	0,96	0,88	0,16
1996	1,12	1,05	0,96	0,38
1997	1,31	0,19	0,48	-0,1
1998	1,21	0,33	1,03	0,74

Tabelle **17**

Wachstumsraten der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt, ohne Energie, Bergbau und Stahl, nach Bundesländern, 1975 - 1998				
Jahr	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Bayern	Übrige frühere Bundesländer
	vH			
1975	-3,26	-4,27	-3,36	-3,89
1976	-1,37	-1,48	0,45	-0,74
1977	-1,65	0,26	1,24	-0,21
1978	0,67	1,71	2,22	1,19
1979	2,1	2,65	3,2	2,5
1980	1,28	2,62	2,47	1,8
1981	-0,13	0,02	0,26	-1,07
1982	-2,06	-1,45	-1,01	-2,07
1983	-2,28	-1,15	-0,97	-1,58
1984	-0,1	-2,16	0,83	-0,48
1985	0,95	4,28	1,39	1,3
1986	1,71	2,14	2,24	1,35
1987	1,64	1,7	1,93	1,62
1988	1,24	1,09	1,27	1,17
1989	1,86	1,74	1,7	1,59
1990	3,82	3,33	3,46	3,48
1991	3,4	3,19	3,71	4,22
1992	1,57	1,34	1,65	2,05
1993	-1,57	-2,61	-1,39	-1,19
1994	-1,34	-2,22	-1,05	-1,2
1995	-0,49	-0,72	-0,36	-0,86
1996	-0,7	-1,06	-1,09	-1,19
1997	-0,61	-1,01	-0,89	-1,42
1998	0,04	0,06	0,25	-0,42

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen.

Tabelle **18**

Die Funktionen der linearen Wachstumstrends der Beschäftigten			
Land	Koeffizienten		Bestimmtheitsmaß
	a	b	
Beschäftigte insgesamt			
Nordrhein-Westfalen	-0,514	0,037	0,024
Baden-Württemberg	0,298	0,002	0,000
Bayern	1,017	-0,022	0,008
Übriges Bundesgebiet	-0,071	0,021	0,006
Beschäftigte des Produzierenden Gewerbes			
Nordrhein-Westfalen	-1,321	-0,018	0,003
Baden-Württemberg	-0,666	-0,014	0,001
Bayern	0,014	-0,044	0,018
Übriges Bundesgebiet	-1,098	-0,008	0,001
Beschäftigte des Dienstleistungssektors			
Nordrhein-Westfalen	0,665	0,070	0,088
Baden-Württemberg	1,981	-0,002	0,000
Bayern	2,578	-0,022	0,010
Übriges Bundesgebiet	1,013	0,035	0,021
Beschäftigte insgesamt, ohne Energie und Stahl			
Nordrhein-Westfalen	-0,471	0,053	0,043
Baden-Württemberg	0,338	0,000	0,000
Bayern	1,054	-0,023	0,009
Übriges Bundesgebiet	-0,048	0,024	0,008

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen.

Tabelle **19**

Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung 1981-1998					
Jahr	Ruhrgebiet	Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet	Baden-Württemberg	Bayern	Übriges früheres Bundesgebiet
1981	3,32	4,54	5,28	5,80	4,72
1982	2,96	3,70	3,98	-0,55	4,46
1983	2,91	4,03	5,40	5,67	5,48
1984	2,98	3,79	4,71	5,69	5,18
1985	3,31	4,66	5,11	5,38	3,80
1986	2,34	6,06	6,73	6,89	5,35
1987	1,11	2,16	3,63	3,80	3,10
1988	3,98	5,21	5,55	4,91	5,26
1989	3,56	6,01	6,01	5,83	5,89
1990	6,79	7,40	9,12	9,27	8,31
1991	9,22	7,13	7,40	7,16	9,22
1992	4,20	6,31	5,51	6,74	-0,66
1993	0,48	0,70	-1,17	3,48	1,08
1994	2,20	3,97	3,88	6,61	4,23
1995	3,99	2,85	2,88	2,90	3,99
1996	-1,41	2,71	2,67	2,41	2,52

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR;
Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen.

Tabelle **20**

Die Funktionen der linearen Wachstumstrends			
Land	Koeffizienten		Bestimmtheitsmaß
	a	b	
Ruhrgebiet	3,629	-0,045	0,008
Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet	4,871	-0,049	0,016
Baden-Württemberg	6,043	-0,147	0,093
Bayern	4,966	0,019	0,001

Tabelle 21

Die Entwicklung der sektoralen Struktur der Beschäftigung, 1974 - 1998 Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit dem übrigen Bundesgebiet														
Ruhrgebiet					NRW ohne Ruhrgebiet				Bundesrepublik Deutschland, früherer Gebietsstand, ohne NRW					
Jahr	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	Summe	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	Summe	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	Summe		
	[1]	[2]	[3]	[4]	[1]	[2]	[3]	[4]	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]
vH														
1974														
1975														
1976	0,47	57,89	41,64		0,74	54,57	44,69		1,12	1,48	2,36	48,15	46,89	
1977	0,49	57,55	41,97		0,79	54,63	44,58		1,18	1,47	2,36	48,12	46,87	
1978	0,50	56,51	43,00		0,76	53,79	45,45		1,19	1,44	2,26	47,75	47,37	
1979	0,52	55,85	43,63		0,78	53,24	45,97		1,21	1,42	2,22	47,40	47,75	
1980	0,51	55,39	44,11		0,78	52,80	46,41		1,18	1,41	2,22	47,21	47,97	
1981	0,52	54,85	44,63		0,79	52,05	47,15		1,26	1,45	2,18	46,54	48,57	
1982	0,57	53,68	45,76		0,83	51,25	47,92		1,24	1,48	2,15	45,72	49,41	
1983	0,56	53,54	45,89		0,86	50,61	48,53		1,25	1,50	2,06	45,12	50,06	
1984	0,58	52,58	46,84		0,89	50,26	48,85		1,28	1,51	2,03	44,23	50,94	
1985	0,60	51,96	47,44		0,90	49,79	49,31		1,25	1,50	2,05	44,34	50,87	
1986	0,61	51,69	47,70	100	0,91	49,56	49,53	100	1,22	1,47	2,08	44,43	50,80	100
1987	0,61	50,76	48,62		0,88	48,95	50,17		1,18	1,46	2,00	43,88	51,48	
1988	0,62	49,77	49,60		0,86	48,44	50,70		1,15	1,43	1,97	43,37	52,07	
1989	0,60	49,21	50,19		0,82	48,40	50,78		1,10	1,40	1,99	43,18	52,32	
1990	0,63	48,36	51,01		0,82	48,06	51,13		1,08	1,35	2,01	42,93	52,63	
1991	0,64	47,39	51,97		0,81	47,45	51,73		1,04	1,29	1,95	42,48	53,24	
1992	0,64	46,25	53,11		0,81	46,40	52,79		1,01	1,26	1,87	41,61	54,25	
1993	0,65	44,75	54,60		0,82	44,91	54,27		1,01	1,28	1,77	40,29	55,65	
1994	0,68	43,00	56,32		0,84	43,67	55,50		1,00	1,28	1,69	39,22	56,82	
1995	0,68	41,93	57,39		0,83	43,12	56,05		0,97	1,25	1,72	38,74	57,31	
1996	0,66	40,66	58,69		0,80	42,15	57,05		0,94	1,23	1,70	37,84	58,29	
1997	0,68	39,60	59,72		0,82	41,10	58,08		0,95	1,21	1,69	37,24	58,91	
1998	0,68	38,64	60,67		0,83	40,68	58,49		0,95	1,18	1,76	36,95	59,17	

Quellen: Statistisches Bundesamt; LDS; KVR; Stat. Landesamt B-W; eigene Berechnungen.

